

Juni-Sept 2025
Ausgabe 64



.ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

magazin



Wohin weht der Super-GAU?

Wie die Schweizer Atomkraftwerke
ganz Deutschland gefährden

Schwerpunkt Seite 6–11

Falsche Fährte

Traum und Realität
der Kernfusion

Seite 16/17

Wendehammer

Belgien und die Atomkraft –
Kurswechsel oder Lärm um nichts?

Seite 20

Sackgasse

Beschleunigung der Endlagersuche –
Lösung oder Risiko?

Seite 14/15

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Grenzüberschreitendes Risiko

Einleitung | Die Schweizer AKW gehören zu den ältesten der Welt, ein Atomunfall dort hätte massive Auswirkungen auf Deutschland. Die eidgenössische Atomaufsicht aber redet die Gefahren klein ...

8 Wohin weht der Super-GAU?

Hintergrund | Fragen und Antworten zu den möglichen kurz- und langfristigen Folgen eines schweren Atomunfalls in einem Schweizer AKW, insbesondere für Deutschland

11 „Eine neue Atom-Debatte schürt nur Investitionsunsicherheit“

Interview | Atomkraft-Expertin Stephanie Eger über die intransparente Schweizer Atomaufsicht, das EU-Strommarkt-abkommen und den Nutzen alpiner Solaranlagen

12 Berliner Atomzwist

Analyse | Schwenkt die neue Bundesregierung in der EU auf Pro-Atom-Linie um? Der SPD-Umweltminister widerspricht. Aber der Streit ist noch nicht ausgefochten

14 Per Abkürzung zum „Endlager“?

Hintergrund | Politik und Behörden wollen die Suche nach einem Standort für ein „Endlager“ für hochradioaktiven Atom Müll beschleunigen. Doch die vorgeschlagenen Änderungen könnten sich am Ende als Umweg oder Sackgasse erweisen

16 Die Fusionsfalle

Hintergrund | Kernfusion wird als Heilsbringer für die Energiezukunft gepriesen – dabei ist die Technologie keine Antwort auf die Klimakrise. Warum der Hype um die „Energie der Zukunft“ gefährlich ist und was wirklich hinter den Schlagzeilen steckt

18 „Das Thema wird uns unser ganzes Leben lang begleiten“

Porträt | Psychotherapeutin Janna Dujesiefken (38) setzt sich mit der Bürgerinitiative „Kein Atom Müll in Ahaus“ dafür ein, dass der Atom Müll nicht zur Last der kommenden Generationen wird

20 Belgischer Atomausstieg?

Hintergrund | Die belgische Regierung hat den gesetzlich verankerten Atomausstieg gekippt. Die Zukunft der vier noch laufenden Atomkraftwerke ist trotzdem ungewiss

21 .ausgestrahlt-Shop

22 Rückblick

24 Gefühlte Wahrheiten

Infografik | Wie Atom-Fans die Klimakatastrophe aufhalten und warum sie glauben, dass es keinen Super-GAU geben wird

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und für einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atom Müll.

Rund 3.500 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 15-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Der .ausgestrahlt-Podcast bringt aktuelle Anti-Atom-Themen auf die Ohren. ausgestrahlt.de/podcast

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen: ausgestrahlt.de/mag64



Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon
Mitarbeit: Carolin Franta, Friedrich Erbacher, Helge Bauer, Jan Becker, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Veters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 19.500
V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Paypal: spenden@ausgestrahlt.de
Spenden sind steuerlich absetzbar.



Foto: .ausgestrahlt

Aktion vor dem AKW Brokdorf am 14. April

Späte Einsicht?

Liebe Leser*in,

Am Nachmittag des 9. April ist es endlich nachzulesen, schwarz auf weiß. Beziehungsweise eben nicht nachzulesen. 141 Seiten dick ist der soeben veröffentlichte Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Und kein einziger Satz findet sich darin zu Atomkraftwerken. Rückbaustopp, Prüfaufträge, Bau von noch nicht existierenden Reaktoren vierter oder unbekannter fünfter Generation, wie es CDU und CSU noch in ihrem Wahlprogramm gefordert hatten – *nada*. Die Atom-Katze ist aus dem Sack. Und sie hat sich umgehend in Luft aufgelöst.

Mehr als 150.000 Unterschriften gegen die atomaren Wunschträume der Energiepolitiker*innen der Union hat .ausgestrahlt zwei Wochen zuvor binnen weniger Tage gesammelt und den Koalitionsverhandler*innen präsentiert – ein deutliches Zeichen, dass, wer auf Atomkraft setzt, weiterhin mit entschiedenem Protest rechnen muss. Das Signal kam offensichtlich an. Die Atomkraft-Pläne „ließen sich

nicht umsetzen“, räumt CSU-Chef Markus Söder, der lauteste Atom-Fan der vergangenen Monate, tags darauf das Feld. Zumal es „wirtschaftlich irgendwann auch mal keinen Sinn mehr macht“. „Der Ausstieg ist vollzogen“, bekräftigt die frisch ernannte CDU-Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, zuvor Chefin eines Tochterunternehmens des AKW-Betreibers Eon, in ihren Antrittsinterviews. Späte Einsicht, kann man dazu sagen.

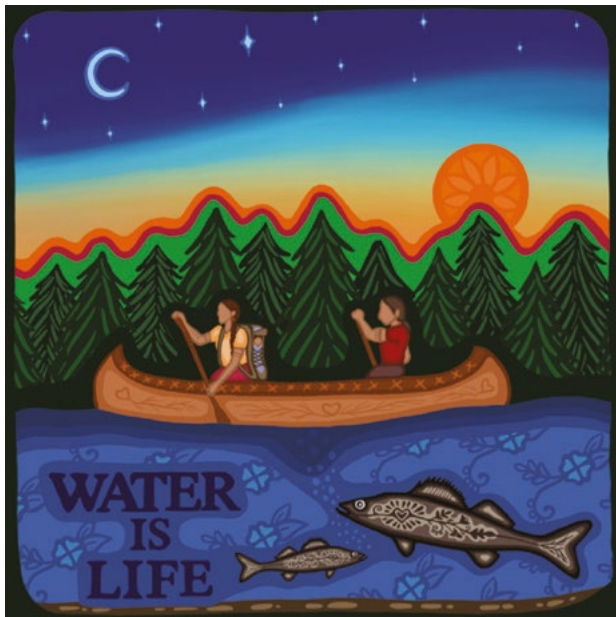
Aus bleibt also aus, und das ist gut so. Denn es gibt weitaus Wichtigeres, als Debatten über halb abgerissene Atomkraftwerke zu führen. Auf EU-Ebene etwa eiern CDU und CSU bei der Atomfrage kräftig hin und her. Reiche will Geld für SMR-Projekte lockermachen, Frankreich hofft sogar auf ein deutsches Ja zu Subventionen für existierende AKW. SPD-Umweltminister Schneider hat beidem umgehend eine klare Absage erteilt, der Streit aber dürfte weitergehen (Seite 12/13).

Zumal selbst in der CDU nicht alle begeistert von Atomkraft sind. Als das belgische Parlament kürzlich gegen einen Atomausstieg votiert und

zumindest theoretisch längere Laufzeiten der Uraltmeiler in Doel und Tihange und sogar AKW-Neubauten ermöglicht (Seite 20), regt sich in der Region um Aachen und im Landtag von NRW umgehend Protest, auch von Politiker*innen von CDU und FDP. Ähnliches passiert in Sachsen als Reaktion auf tschechische Pläne zum Bau kleiner Reaktoren unweit der Grenze (Seite 5).

Nicht unwahrscheinlich also, dass sich bald auch in Südbaden und Baden-Württemberg parteiübergreifender Protest gegen den Überzeitbetrieb der Schweizer Uraltmeiler regt. Eine aktuelle Studie des Trinationalen Atomschutzverbands TRAS, an der .ausgestrahlt mitgewirkt hat, zeigt, wie sehr Deutschland, insbesondere Baden-Württemberg, durch einen Unfall in einem Schweizer AKW gefährdet ist. Hilf mit, die Ergebnisse der Studie bekannt zu machen, eine deutsch-schweizerische Energiewendepartnerschaft zu schmieden und die Schweizer Atomkraftwerke abzuschalten! Mehr dazu auf Seite 6-11.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Teamaaaaa



Atommüllprojekt auf indigenem Territorium

Wegen Verstoßes gegen die von den Vereinten Nationen erklärten Rechte indigener Völker hat ein kanadisches Bundesgericht die 2024 erteilte Genehmigung zum Bau eines oberflächennahen Atommülllagers auf dem Gelände der Chalk River Laboratories in Ontario kassiert. Das mit der Verwaltung der Atomanlagen des Bundes beauftragte private Konsortium CNL will auf einem 37 Hektar großen Areal unweit des Ottawa Rivers rund eine Million Kubikmeter schwachradioaktiven Müll zu einem künstlichen Hügel aufschütten. Bei den Abfällen handelt es sich um radioaktive und giftige Hinterlassenschaften aus der kanadischen Atomforschung und -industrie. Die Bundesrichter monierten, die betroffene First Nation habe dem Projekt nie zugestimmt. Zudem habe CNL Standort und andere Optionen nicht ausreichend geprüft. Die indigene Gemeinde befürchtet eine Verschmutzung des Wassers und negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt.

Q: Radio Canada, 26.05.2025; CNL, Near Surface Disposal Facility, Nov 2023

Riss in schwedischem AKW

Ein Riss am Primärkreislauf legt im März das schwedische AKW Oskarshamn für mehr als drei Monate still. Bei der Revision wurde ein Wasseraustritt innerhalb des Sicherheitsbehälters entdeckt. Betreiber Uniper stufte den Schaden zunächst als wenig schwerwiegend ein. Die schwedische Atomaufsicht aber klassifizierte ihn auf der höchsten Stufe und damit als schwersten Unfall der vergangenen fünf Jahre; ein Wiederanfahren ist erst nach ausdrücklicher Zustimmung der Behörde möglich. Sie begründete die Einstufung mit der Lage des Risses sehr nah am Reaktordruckbehälter, was auch die Reparatur sehr kompliziert macht. „Wir wollen definitiv keine Lecks dort“, unterstrich ein Atomaufseher. Der Reaktor wird nicht vor Mitte August wieder in Betrieb gehen. Betreiber Uniper hatte die 40 Jahre alte Anlage wenige Wochen zuvor noch als „ewig jung“ bezeichnet und angekündigt, sie bis 2045 oder gar 2065 weiterbetreiben zu wollen. .

Q: Dagens Hultsfred 08.05.2025; OKG, Uniper, 03.03.2025



AKW Oskarshamn 3



Foto: AG Schacht Konrad

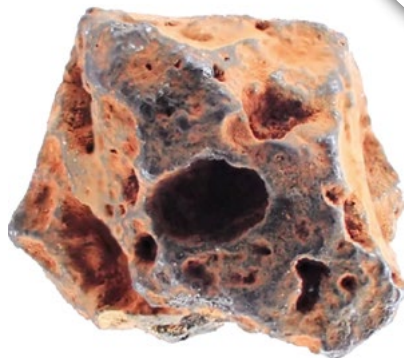
Schacht Konrad: Atommüll oder Grundwasserschutz

Der für das in Bau befindliche Atommülllager Schacht Konrad vorgesehene Strahlenmüll könnte nur unter Missachtung geltender Vorschriften zum Schutz von Trink- und Grundwasser dort eingelagert werden. Das geht aus mehreren voneinander unabhängigen vertraulichen Unterlagen hervor. Grund sind Verschärfungen der wasserrechtlichen Vorschriften in den vergangenen 14 Jahren. Auch der Entsorgungskommission war dies im Oktober 2024 aufgefallen. Sie empfahl aus Kostengründen, die zum Schutz von Grund- und Trinkwasser nach 2011 verschärften Vorschriften im Falle von Schacht Konrad zu ignorieren und die strahlenden Abfälle am geltenden Regelwerk und Trinkwasserschutz vorbei unter die Erde zu schaffen.

Q: tagesschau.de, 16.04.2025; AG Schacht Konrad, 06.05.2025



Foto: NRC



Bergung des Brennstoffs aus Fukushima:
Hochradioaktive Krümel aus dem AKW, stark vergrößert

Weitere 0,187 Gramm Brennstoff geborgen

Mehr als 14 Jahre nach dem Super-GAU in drei Reaktoren des AKW Fukushima hat Betreiber Tepco jetzt mithilfe eines Roboters weitere 0,187 Gramm des geschmolzenen hochradioaktiven Brennstoffs aus Block 2 geborgen und analysiert. Es handelt sich um 11 Krümel, der größte davon 5 Millimeter hoch und 4 Millimeter lang, der kleinste weniger als 1 Millimeter groß. In der Schmelze enthaltenes Europium und Americium belegen, dass es sich um Kernbrennstoff handelt. Die nur millimetergroßen Krümelchen strahlen so stark, dass ein Mensch schon nach drei Stunden in ihrer Nähe die normalerweise erlaubte Jahresstrahlendosis abbekommen hätte. Bis heute ist weniger als 1 Gramm der rund 800 Tonnen Brennstoffschmelze aus den drei Reaktoren geborgen worden.

Q: Asahi Shimbun, 30.05.2025

Nur Dieselgeneratoren verhindern Atomunfall

Spanien und Europa entgehen am 28. April nur dank funktionierender Dieselgeneratoren einer mehrfachen Atomkatastrophe. In allen sieben spanischen AKW tritt nach der Störung im Stromnetz der iberischen Halbinsel der Notstromfall ein: Notstrom-Dieselaggregate müssen anspringen und bis zu 15 Stunden lang die Kühlung der Brennelemente sicherstellen. Fällt diese aus, steht ein AKW kurz vor einer Kernschmelze.

Notstromdiesel in AKW sind fehleranfällig und fallen schon bei Prüfungen immer wieder aus. Nicht startende Notstromaggregate brachten im Juli 2006 das schwedische AKW Forsmark an den Rand eines Super-GAUs. Alle vier spanischen Reaktoren, die zum Zeitpunkt des Stromausfalls liefen, mussten eine Reaktorschnellabschaltung durchführen. Zum Wiederaufbau der landesweiten Stromversorgung konnten sie nichts beitragen: Ein schnelles Wiederaufahren ist bei AKW aus technischen Gründen in der Regel nicht möglich. Auslöser des Blackouts war nach vorläufigen Analysen der europäischen Netzbetreiber ein Fehler in einem Umspannwerk in Granada.

Q: Consejo de Seguridad Nuclear, 28.04.2025; Handelsblatt, 14.05.2025; spiegel.de, 06.08.2006

Trump schleift US-Atomaufsicht

Die US-Atomaufsichtsbehörde NRC soll nach dem Willen von US-Präsident Donald Trump künftig niedrigere Sicherheitsstandards anwenden. Er wirft der Behörde vor, die Gefahren der Atomkraft zu überschätzen und zu wenige neue AKW zu genehmigen. Gleich vier Dekrete sollen dies nun ändern. Das für Sicherheitsfragen zuständige Gremium soll reduziert, sein Aufgabenbereich eingeschränkt, das für die Genehmigung von Atomanlagen zuständige Team aufgestockt werden. Zudem soll die Behörde künftig unterstellen, dass Strahlendosen bis zu einem bestimmten Schwellenwert keine gesundheitlichen Auswirkungen hätten. Dies steht im Widerspruch zu zahlreichen medizinischen Studien. Die installierte AKW-Leistung solle sich bis 2050 von derzeit 100 auf 400 Gigawatt vervierfachen. Dazu müssten in den nächsten 25 Jahren mehrere hundert AKW in den USA gebaut werden; Expert*innen halten das für völlig illusorisch. Seit 1979 sind nur vier AKW in den USA in Bau gegangen, davon wurden zwei Projekte abgebrochen.

Q: heise.de, 27.05.2025; merkur.de, 27.05.2025; dpa 24.05.2025; worldnuclearreport.org, 01.01.2025



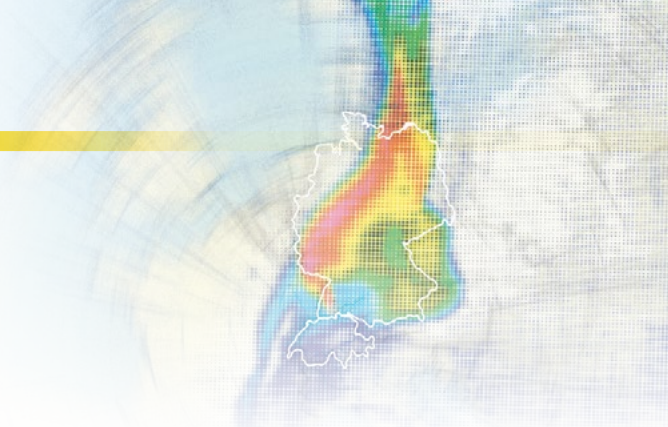
Foto: Jan Beránek / Wikimedia

Braunkohlekraftwerk Tušimice: Künftig Atomstandort?

Sachsen-CDU gegen tschechische AKW-Pläne

Die Ankündigung Tschechiens, am Standort des Braunkohlekraftwerks Tušimice, 17 Kilometer von der deutsch-tschechischen Grenze entfernt, mehrere sogenannte SMR-Reaktoren mit einer Gesamtleistung von bis zu 1.500 Megawatt zu errichten, stößt nicht nur bei Grünen und SPD, sondern auch bei der CDU im sächsischen Landtag auf Ablehnung. Es gebe weniger gefährliche Wege zur Energiegewinnung, unterstrich die energiepolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ina Klemm. Auch diverse parteilose Lokalpolitiker im Erzgebirge gingen auf Distanz. „Keiner will ein Atomkraftwerk in seiner Nähe haben“, so der Bürgermeister von Großrückerswalde. Als „rücksichtslos“ bezeichnet sein Kollege aus Heidersdorf das Projekt des tschechischen Energiekonzerns ČEZ, der auch die bisher sechs tschechischen Reaktoren in den AKW Dukovany und Temelín betreibt. Ob die SMR-Projekte tatsächlich jemals in Bau gehen, ist offen: Reaktormodell, Lieferant und Finanzierung sind ungeklärt.

Q: mdr.de, 30.05.2025; Freie Presse, 27.05.2025



Grenzüberschreitendes Risiko

Einleitung | Die Schweizer AKW gehören zu den ältesten der Welt, ein Atomunfall dort hätte massive Auswirkungen auf Deutschland. Die eidgenössische Atomaufsicht aber redet die Gefahren klein – und der Energieminister will sogar neue Reaktoren bauen

Die Strahlenwolke würde nur ein paar Sekunden brauchen. Einmal quer über den Hochrhein, schon wäre sie da. Das Schweizer AKW Leibstadt steht direkt an der deutschen Grenze. Auch die drei anderen Reaktoren, die in der Alpenrepublik noch laufen, stehen in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg. Ganze 20 Kilometer sind es bis zum AKW Gösgen bei Olten an der Aare, zu den beiden Uralt-Meilern des AKW Beznau, ein Stückchen weiter stromabwärts, gerade mal fünf. Bei einem schweren Unfall würde der Fallout mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit auch Deutschland treffen. Noch in mehreren hundert Kilometern Entfernung, das haben aufwändige Simulationsrechnungen der Wiener Universität für Bodenkultur und des Österreichischen Ökologie-Instituts gezeigt, könnten Gebiete so stark mit radioaktivem Cäsium kontaminiert werden, dass

sie langfristig unbewohnbar würden. Ganze Großstädte müssten unter Umständen binnen Stunden evakuiert werden. Die freigesetzte Radioaktivität könnte die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen gefährden. Das Gebiet, in dem der Fallout Ernten vernichten könnte, reicht bis hoch ins Baltikum und nach Skandinavien. Und die kollektive Strahlendosis, der die Bevölkerung ausgesetzt wäre, ließe selbst bei durchschnittlicher Wetterlage zehntausende Todesfälle und noch mehr schwere Erkrankungen allein in Deutschland erwarten (siehe Seite 8/9).

Die Bundesrepublik würde im Schnitt aller Wettersituationen mehr Strahlung abbekommen als die Schweiz selbst und auch mehr als jedes andere europäische Land. Trotzdem sind die Schweizer AKW und die von ihnen ausgehenden Gefahren hierzulande bisher kaum ein Thema.

”

Ich unterstütze .ausgestrahlt auch über mein Leben hinaus mit einer Testamentspende. Damit die, die nach mir kommen, eines Tages ohne Atomgefahren leben können.“

Vera Choulant, Lilienthal



Im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit liegen sie – anders etwa als die Reaktoren in Belgien, Frankreich und Tschechien – buchstäblich etwas hinterm Berg.

Katastrophenschutz mangelhaft

Selbst der Katastrophenschutz in Baden-Württemberg setzt seine Prioritäten anderswo. Zwar empfahl die Strahlenschutzkommission 2014 nach den Erfahrungen aus Fukushima, die Planungszonen für Katastrophenschutzmaßnahmen um AKW auszudehnen. Evakuierungsmaßnahmen müssen nun für ein viermal so großes Gebiet geplant werden, mit einem Vielfachen an Bewohner*innen. Für die grenznahen Schweizer AKW haben die Katastrophenschutzbehörden dies allerdings bis heute, mehr als zehn Jahre später, noch nicht umgesetzt.

Die Schweizer Behörden und AKW-Betreiber schaffen derweil Fakten. Das AKW Leibstadt, direkt gegenüber von Waldshut-Tiengen, ging mit seinem 40. Betriebsjubiläum Ende 2024 in den Überzeitbetrieb. Die Schweizer Atomaufsicht hatte keine Einwände. Eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), wie sie bei solchen Laufzeitverlängerungen eigentlich vorgeschrieben ist, lehnte das Umweltministerium (UVEK) ab. In deren Rahmen wären auch die Sicherheitsdefizite der Anlage – Leibstadt ist das jüngste AKW der Schweiz – öffentlich debattiert worden. Daran hatten Betreiber, Aufsichtsbehörde und Politik offensichtlich kein gesteigertes Interesse. Anwohner*innen aus der Schweiz und Deutschland zogen deshalb mit Unterstützung von Anti-Atom-Organisationen vors Bundesverwaltungsgericht, eine Entscheidung steht noch aus.

Parallel dazu nimmt in der Schweiz seit Monaten eine Atomdebatte an Fahrt auf. Anlass gab eine Volksinitiative von Atomkraft-Befürworter*innen, die das 2017 in einem Referendum beschlossene Neubauverbot für AKW wieder kippen will. Der Schweizer Umwelt- und Energieminister („Bundesrat“) Albert Rösti brachte dazu einen indirekten Gegenvorschlag ein, auch dieser sieht eine Aufhebung des AKW-Neubauverbots vor. Folgt ihm das Parlament, werden Atomkraftgegner*innen das Referendum ergreifen. Voraussichtlich 2026 wird es dann zur Volksabstimmung über die Frage kommen.

Einstieg in den Ausstieg oder Überzeitbetrieb ohne Ende?

„Die Atomdebatte jetzt wieder neu zu eröffnen, schürt nur Investitionsunsicherheit für die Erneuerbaren!“, sagt Stephanie Eger, Fachbereichsleiterin Atomenergie bei der Schweizerischen Energie-Stiftung SES (siehe Interview Seite 11). Das Beispiel Deutschland zeigt, wie vorteilhaft eine klare Ausstiegsperspektive mit festen Abschaltzeiten ist, auf die sich Energiewirtschaft und Investor*innen dann einstellen können. Feste Abschaltzeiten für die Schweizer AKW würden die Energiewende in ganz Europa voranbringen, das Abschalten der AKW zudem Synergien etwa bei der Nutzung der enormen Speicherkapazitäten der Schweiz ermöglichen. In wenigen Jahren sind die großen Nord-Süd-Leitungen in Deutschland fertig ausgebaut. Deshalb ist jetzt der richtige Moment, eine deutsch-schweizerische Energiewendepartnerschaft an den Start zu bringen. Bundesregierung und Landesregierung Baden-Württemberg müssen endlich klar für einen Schweizer Atomausstieg eintreten – damit die helvetischen AKW abgeschaltet werden, bevor eine radioaktive Wolke über den Hochrhein zieht. Machen wir ihnen Druck.

Armin Simon

Aktion



**Atom-Gefahr beenden –
Schweizer AKW abschalten!**

Schweizer AKW abschalten!

Ein Atomunfall in der Schweiz könnte weite Teile Deutschlands radioaktiv verseuchen. Der Überzeitbetrieb der Schweizer AKW setzt die Bevölkerung insbesondere in Süddeutschland einem unverantwortlichen Risiko aus. Zugleich behindert das Festhalten an Atomkraft den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energiewende in Deutschland und der Schweiz. Bundesregierung und Landesregierung in Baden-Württemberg müssen sich endlich für eine Laufzeitbegrenzung der Schweizer AKW und eine deutsch-schweizerische Energiewendepartnerschaft einsetzen.

Das kannst du tun:

1. Unterschriftenaktion

Fordere mit .ausgestrahlt einen straffen Ausstiegsfahrplan mit festen Abschaltzeiten für alle Schweizer AKW.

Hier kannst Du online unterschreiben:

ausgestrahlt.de/schweiz



Mach auch Freund*innen, Bekannte, Nachbar*innen und Kolleg*innen auf die Unterschriftenaktion aufmerksam. **Teile und verbreite** sie in deinen Netzwerken.

2. Online-Infoveranstaltungen

Die Ergebnisse der Studie „Grenzenloses Risiko: Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ stellt .ausgestrahlt in einstündigen Online-Veranstaltungen vor. Die ersten Termine: Mi, 2. Juli und Mo, 14. Juli, jeweils 18:30 Uhr. Anmeldung unter ausgestrahlt.de/schweiz

Die Studie selbst kannst Du herunterladen oder kostenlos bestellen:

ausgestrahlt.de/shop

3. WhatsApp-Kanal

Für alle, die mithelfen wollen, die Atomgefahren aus der Schweiz in (Süd-)Deutschland zum Thema zu machen und den Betrieb der Schweizer AKW zu begrenzen, hat .ausgestrahlt den **WhatsApp-Kanal „Schweiz: Atom-Gefahr beenden“** eingerichtet. Dieser verbreitet Infos, Aktionsideen und Berichte über Aktivitäten vor Ort – damit Du sie nutzen, weiterspinnen, nachmachen kannst.

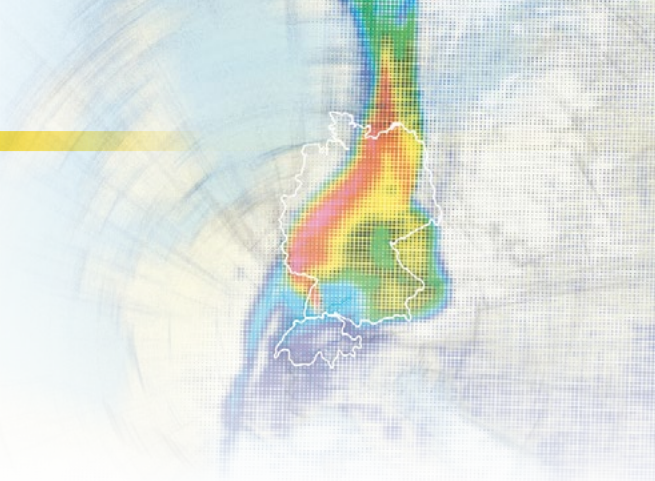
Hier klinkst Du Dich ein:



4. Vernetzungstreffen

Willst Du aktiv werden? Dann komm zum Online-Vernetzungstreffen. Erster Termin ist Mo, 7. Juli um 19 Uhr. Anmeldung unter

ausgestrahlt.de/schweiz



Wohin weht der Super-GAU?

Hintergrund | Fragen und Antworten zu den möglichen kurz- und langfristigen Folgen eines schweren Atomunfalls in einem Schweizer AKW, insbesondere für Deutschland

Wo in der Schweiz sind noch Atomkraftwerke am Netz?

In der Schweiz laufen noch vier Reaktoren an drei Standorten, allesamt sehr nahe oder direkt an der deutschen Grenze gelegen: Beznau 1 und 2 (je 365 MW, Abstand ca. 5 km), Gösgen (1.010 MW, ca. 20 km) und Leibstadt (1233 MW, 0 km). Ihre Laufzeit ist derzeit nicht begrenzt.

Wie ist es um die Sicherheit der Anlagen bestellt?

Die jüngste Anlage, das AKW Leibstadt, ist schon mehr als 40 Jahre in Betrieb, das AKW Gösgen mehr als 45 Jahre, die beiden Reaktoren in Beznau sogar schon 56 bzw. 53 Jahre. Mit zunehmendem Alter verspröden Rohre und Reaktordruckbehälter, Unfälle werden wahrscheinlicher. Trotz Nachrüstungen entspricht keiner der Reaktoren heutigen Sicherheitsstandards. Auch gegen Angriffe sind die AKW nur bedingt geschützt. Keines würde heute nochmals eine Genehmigung erhalten. In jedem der AKW kann es jeden Tag zu einem schweren Unfall kommen.

Welches Land wäre bei einem Unfall in einem Schweizer AKW am meisten betroffen?

Simulationen verschiedener Institute zu verschiedenen Unfallszenarien und mit realen Wetterdaten zeigen, dass Deutschland das Hauptrisiko eines Unfalls in einem Schweizer AKW trägt: Gemittelt über alle Wettersituationen eines Jahres würde Deutschland mehr Strahlung abbekommen als die Schweiz selbst und auch als jedes andere Land in Europa. Es wären im Schnitt mehr Menschen in Deutschland als in der Schweiz von Strahlung betroffen. Größere Gebiete als in der Schweiz müssten evakuiert werden, wären langfristig unbewohnbar und für Ackerbau nicht mehr nutzbar. Bei einem Unfall im AKW Leibstadt, das direkt an der Grenze steht, wäre sogar mit mehr Todesfällen und mehr schweren Erkrankungen in Deutschland zu rechnen als in der Schweiz selbst.

Welche Rolle spielt das Wetter bei einem Super-GAU?

Wind und Niederschlag beeinflussen maßgeblich, wohin und wie weit die radioaktive Wolke zieht und wo sich welche Mengen radioaktiver Stoffe ablagern. Karten, die solche Belastungen beispielhaft für eine Wettersituation grafisch abbilden – wie das Titelbild dieses Magazins –, können bei anderem Wetter auch ganz anders ausfallen. Man darf sie also nicht so lesen, als ob schwach oder gar nicht betroffene Gebiete sicher vor der radioaktiven Wolke und dem Fallout seien. Sie haben nur in der dargestellten Situation Glück – bei anderen Wetterverhältnissen könnten sie stark belastet werden.

Welche Auswirkungen hätte ein schwerer Unfall in einem Schweizer AKW für Deutschland?

Millionen Menschen in ganz Deutschland könnten einer gesundheitsschädlichen Strahlenbelastung ausgesetzt sein. Vom Durchzug der radioaktiven Wolke und von radioaktivem Fallout könnten selbst Gebiete in mehreren hundert Kilometern Entfernung massiv betroffen sein – bis dahin, dass ganze Regionen langfristig unbewohnbar werden und landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar sind. Neben den Gefahren für Leben und Gesundheit sowie für Natur und Umwelt hätte ein Super-GAU in einem Schweizer AKW in vielen Fällen auch massive ökonomische, soziale und politische Folgen für Deutschland. Er könnte Wohnung und Arbeitsplatz ebenso wie Heimat und Lebensraum von Hunderttausenden rauben und auch soziale, kommunale und staatliche Strukturen zerstören. Aufgrund der räumlichen Nähe der AKW ist das Risiko im Süden Deutschlands besonders hoch, insbesondere in Baden-Württemberg.

Bis in welche Entfernung vom AKW müssten Städte und Dörfer evakuiert werden?

Selbst bei einer Freisetzung von nur etwa zehn Prozent des radioaktiven Inventars eines Reaktors müssten je nach Wetterlage Gebiete von erheblichem Ausmaß bis in mehrere hundert Kilometer Entfernung vom AKW evakuiert werden, unter Umständen binnen weniger Stunden. Dies kann auch Großstädte wie Freiburg, Stuttgart oder München oder das gesamte Rheintal bis hinauf nach Karlsruhe betreffen.

Gibt es dafür Evakuierungspläne?

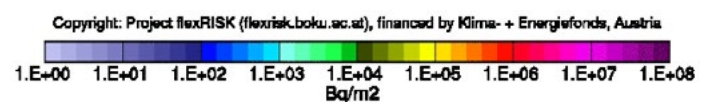
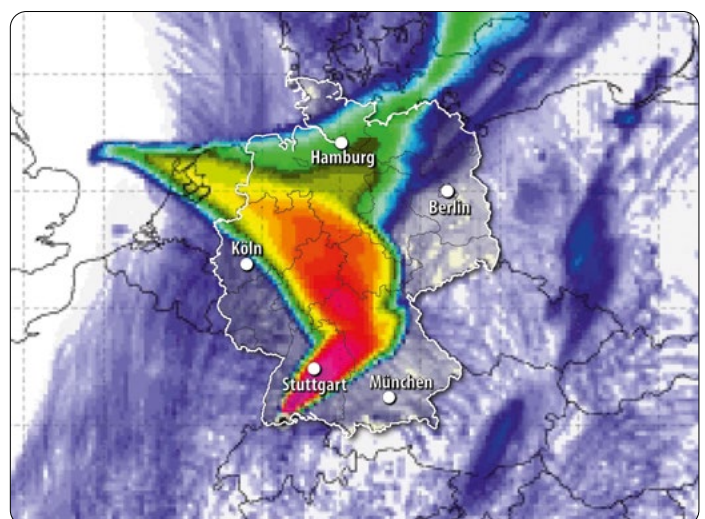
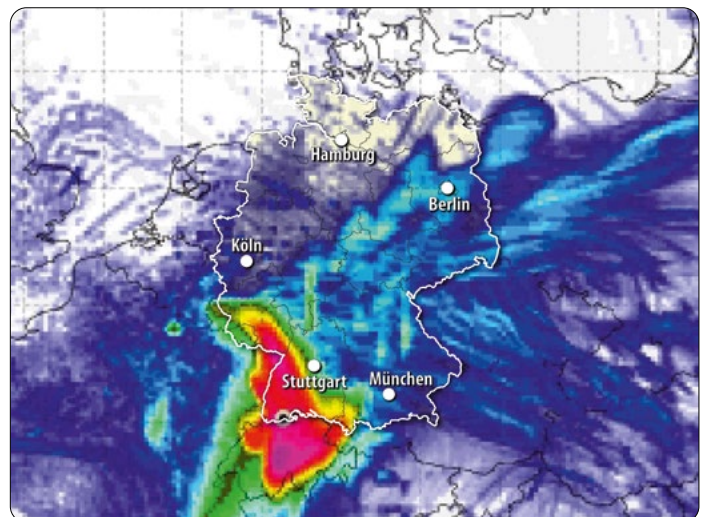
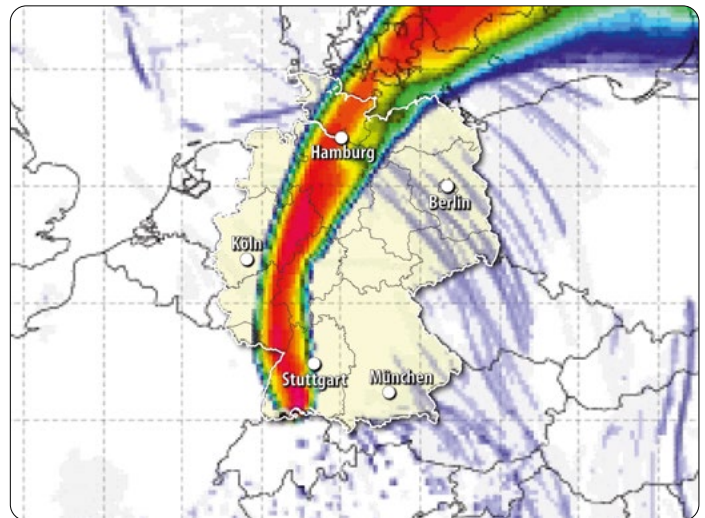
Nein. Auch die 2014 nach den Erfahrungen aus der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossene Erweiterung der Evakuierungszonen von 10 auf 20 Kilometer um die AKW deckt die möglichen räumlichen Auswirkungen eines schweren Atomunfalls bei Weitem nicht ab. In Südbaden haben die Katastrophenschutzbehörden die Erweiterung zudem bis heute nicht umgesetzt: Evakuierungspläne existieren dort weiterhin nur für eine 10-Kilometer-Zone um das AKW Leibstadt.

Mit welchen Maßnahmen ist in etwas weniger betroffenen Gebieten zu rechnen?

Es können Situationen auftreten, in denen die von der radioaktiven Wolke verursachte Strahlenbelastung auf rund einem Drittel des Bundesgebiets so hoch wäre, dass die Behörden einen „Aufenthalt im Haus“ anordnen müssten. Nach den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission müssten die Menschen dort dann tagelang im Haus bleiben – idealerweise in fensterlosen Kellerräumen. Allerdings weisen Expert*innen darauf hin, dass diese Maßnahme nur über kurze Zeit aufrechterhalten werden könnte – die Luft in geschlossenen Räumen wird zu schlecht.

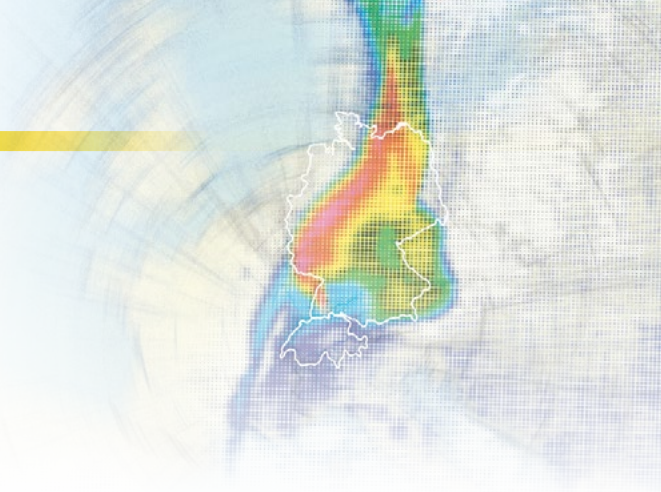
Hochdosierte Jodtabletten sollen eine radioaktive Belastung der Schilddrüse verringern. Wie hilfreich ist das nach einem AKW-Unfall?

Die gezielte Einnahme hochdosierter Jodtabletten soll die Aufnahme radioaktiven Jods durch die Schilddrüse verhindern und damit das Risiko für Schilddrüsenkrebs reduzieren. Vor allen anderen Gesundheitsgefahren durch radioaktive Strahlung schützen sie nicht. Der Schilddrüsenchutz funktioniert auch nur für ein paar Stunden und nur dann, wenn die Tabletten passgenau kurz vor Durchzug der radioaktiven Wolke eingenommen werden. Dafür müssen sie allerdings erst einmal an alle Haushalte und Schulen etc. verteilt, unter Umständen zuvor noch aus einem zentralen Lager eingeflogen werden. Wie die Haushalte sie von den einzurichtenden Verteilstellen abholen sollen, wenn aufgrund der Strahlenbelastung zugleich der „Aufenthalt im Gebäude“ angeordnet wird, ist offen. Simulationen zeigen, dass bei entsprechender Wetterlage Kinder und Jugendliche in rund einem Drittel der Fläche der Bundesrepublik mit Jodtabletten versorgt werden müssten. →



Bodenkontamination mit radioaktivem Cäsium-137 nach einem Unfall im AKW Leibstadt für verschiedene Wettersituationen des Jahres 1995. Die nach internationalen Maßstäben dauerhaft unbewohnbare Zone umfasst die Farben Purpurrot bis Pink.

Abbildungen: flexRISK Online-Tool, flexrisk.boku.ac.at/en/evaluation.php



Wann könnten Evakuierte wieder nach Hause zurückkehren?

Das hängt vor allem von der Ablagerung radioaktiver Substanzen ab. Das bei einem Atomunfall unter anderem freigesetzte radioaktive Cäsium verliert erst nach 30 Jahren die Hälfte seiner Radioaktivität. Simulationen zeigen, dass auch Gebiete in mehreren dutzend bis mehreren hundert Kilometern Entfernung vom AKW auf Jahrzehnte hinaus unbewohnbar werden können. Die dortige Bevölkerung müsste dann umgesiedelt werden: Viele tausend, unter Umständen sogar mehrere hunderttausend oder gar Millionen Menschen in Süddeutschland – unter Umständen auch weit darüber hinaus – könnten dauerhaft ihre Wohnung, ihren Arbeitsplatz und ihre Heimat verlieren.

Was bedeutet ein Atomunfall für Landwirtschaft und Milchviehhaltung?

Ackerflächen und Weiden, unter Umständen ein Mehrfaches der Landesfläche Baden-Württembergs, könnten auf Jahre hinaus so radioaktiv kontaminiert werden, dass sie nicht oder nur noch eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar sind. Ernten müssten vernichtet, Milch dürfte nicht in Verkehr gebracht werden. Auch die Jagd wäre eingeschränkt.

Ist auch das Trinkwasser in Gefahr?

Ja. Fallout und niederschlagsbedingter Washout radioaktiver Substanzen nach einem schweren Atomunfall in einem Schweizer AKW können Oberflächengewässer in einem Umkreis von mehreren dutzend Kilometern so kontaminieren, dass die Trinkwasser-Toleranzwerte für radioaktives Cäsium, Jod und Strontium überschritten würden. Dies gilt selbst für den Bodensee, der rund fünf Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt, und erst recht für dessen nordwestlichen Ausläufer, in dem die Pumpfassungen der Bodensee-Wasserversorgung liegen. Diese beliefert 147 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit Trinkwasser, darunter Stuttgart, Reutlingen, Pforzheim und Heilbronn sowie 34 Wasserversorgungszweckverbände.

Radioaktive Stoffe, die direkt vom AKW in Aare oder Rhein gelangen, würden binnen weniger Stunden den Großraum Basel erreichen. Trotz Verdünnung läge die radioaktive Belastung dort noch zigfach über den Grenzwerten. Betroffen wären auch deutsche Kommunen, die ihr Trinkwasser aus Rheinuferfiltrat oder vom Rhein gespeisten Grundwasserleitern gewinnen.

Mit welchen gesundheitlichen Folgen ist durch einen Atomunfall in einem Schweizer AKW zu rechnen?

Ein schwerer Unfall in einem Schweizer AKW bedroht bei entsprechender Wetterlage Leben und Gesundheit von hunderttausenden Menschen in Deutschland. Selbst bei durchschnittlichen Wetterverhältnissen ist mit zehntausenden Todesfällen und noch weit mehr schweren, lebenslangen Erkrankungen zu rechnen. Noch in 85 Kilometer Abstand zum AKW können akute Strahlenschäden auftreten, etwas näher am AKW kann die Strahlung sogar tödlich sein. Die dafür verantwortlichen Strahlenbelastungen treten binnen weniger Stunden auf. Darüber hinaus ist aufgrund der Strahlenbelastung der Bevölkerung unter Umständen mit Tausenden von Fehlbildungen jedes Jahr und mit Erbgutveränderungen bei hunderten Millionen Menschen zu rechnen.

Armin Simon

Grenzenloses Risiko



Ausführlichere Informationen und viele Karten, die die Ausbreitung der radioaktiven Wolke und ihre Auswirkungen verdeutlichen, findest Du in der neuen **Studie „Grenzenloses Risiko: Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“** des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS), an der .ausgestrahlt mitgewirkt hat. Download unter ausgestrahlt.de/schweiz-studie Ein Papierexemplar kannst Du auf [Seite 21](https://ausgestrahlt.de/shop) bzw. unter ausgestrahlt.de/shop bestellen.

„Eine neue Atomdebatte schürt nur Investitionsunsicherheit“

Interview | Atomkraft-Expertin Stephanie Eger über die intransparente Schweizer Atomaufsicht, das EU-Strommarktabkommen und den Nutzen alpiner Solaranlagen

Frau Eger, die Schweizer Bevölkerung hat 2017 in einem Referendum ein Neubau-verbot für AKW beschlossen. Die bestehenden Reaktoren aber, inzwischen 40, 45, 53 und 56 Jahre alt, dürfen laut Gesetz laufen, solange sie „sicher“ sind. Wer entscheidet, ob das noch der Fall ist?

Das ENSI, das Eidgenössische Nuklearinspektorat, und zwar allein. Das ENSI veröffentlicht nur seine Stellungnahme zu den Periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) der AKW-Betreiber. Die zugrundeliegenden Dokumente, auf die sich auch die Entscheidung des ENSI stützt, werden nicht veröffentlicht. Eine gründliche Prüfung ist somit unmöglich. Das ist gefährlich intransparent.

Trotz alledem wurde das AKW Mühleberg Ende 2019 abgeschaltet.

Das hat aber nicht das ENSI, sondern der Betreiber selbst entschieden. Es rentierte sich der Betrieb nicht mehr.

Für die beiden Reaktoren Beznau 1 und 2, die ältesten der Welt, hat Betreiber AXPO jüngst angekündigt, sie in 8 bzw. 7 Jahren stillzulegen – auch „aus technischen Gründen“.

Es gibt bei beiden Reaktoren sehr viele Alterungsmängel. So haben die Reaktordruckbehälter eine voraussehbare Ermüdung erlitten, wodurch die Bruchgefahr steigt. Im Falle von Beznau 1 gibt es sogar Materialfehler und Korrosion am Boden des Reaktordruckbehälters. Die Reaktordruckbehälter kann man aber nicht auswechseln. Die beiden Uralt-Meiler müssten schon heute abgeschaltet werden!

Aktuell kommen noch 37 Prozent des schweizerischen Stroms aus Atomkraft ...

37 Prozent der Stromproduktion, nicht des Verbrauchs! Rechnerisch wird mehr als die Hälfte des Atomstroms exportiert. Die Erneuerbaren deckten 2024 bereits rund 80 Prozent

des Schweizer Strombedarfs. Vor einem Jahr hat die Bevölkerung zudem in einem Referendum das Stromgesetz beschlossen, das den Erneuerbaren-Ausbau enorm puschen wird. Das ist gerade in der Umsetzung.

Sowohl der Schweizer Energieminister als auch eine Volksinitiative wollen dennoch das AKW-Neubauverbot kippen.

Das kommt zur Unzeit. Die Atomdebatte jetzt wieder neu zu eröffnen, schürt nur Investitionsunsicherheit für die Erneuerbaren!

Will denn jemand neue AKW bauen?

Darauf geht der Bundesrat, die Schweizer Regierung, nicht ein. Die jetzigen AKW-Betreiber jedenfalls haben schon abgewunken. Ohne Subventionen wird da nichts gehen. Im Übrigen ist es kein Problem, auch den restlichen Strombedarf der Schweiz über erneuerbare Energien zu decken.

Warum diskutiert die Schweiz dann über angeblich fehlenden „Winterstrom“?

Mehr als zwei Drittel des Stroms in der Schweiz kommen aus Wasserkraft. Stark zugelegt hat zuletzt die Solarenergie, allein von 2023 auf 2024 um mehr als 27 Prozent. Solarenergie ist aber im Winter nicht so ertragreich. Manche haben deshalb Angst, dass es ohne AKW dann nicht reicht.

Und was sagen Sie denen?

Erstens kann man dieses Problem beheben, wenn man genügend Solaranlagen baut, auch in alpiner Höhe. Das Gesamtpotenzial der Solarenergie liegt laut dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen bei rund 82 Milliarden Kilowattstunden im Jahr. Das ist deutlich mehr, als die gut 60 Milliarden Kilowattstunden, welche die Schweiz derzeit insgesamt jährlich an Strom verbraucht. 83 große Wasserspeicherkraftwerke produzieren zudem bereits rund 29 Milliarden Kilowattstunden Strom im

Jahr. Dank dem neuen Stromgesetz können sie erleichtert ausgebaut und weitere hinzugebaut werden. Und schließlich ist die Schweiz mitten in Europa auch elektrisch gut vernetzt mit ihren Nachbarländern. Gerade im Winter ist dort oft Windstrom im Überfluss vorhanden.

Welche Rolle spielt das Stromabkommen mit der EU, das gerade in der Diskussion ist?

Ab nächstem Jahr schreibt die EU vor, dass 70 Prozent der grenzüberschreitenden Leitungskapazitäten der EU-Staaten für Stromlieferungen an andere EU-Länder reserviert werden müssen. Mit dem Stromabkommen würde die Schweiz – inklusive der Schweizer Wasserkraftspeicher – in den europäischen Strommarkt integriert. Das wäre von Vorteil für beide Seiten. Es würde die Netzstabilität und Versorgungssicherheit erhöhen und die Energiewende in ganz Europa erleichtern, inklusive dem Schweizer Atomausstieg.

Interview: Armin Simon



Foto: SES

Stephanie Eger

Stephanie-Christine Eger leitet den Fachbereich Atomenergie bei der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und ist Geschäftsführerin des Trinationalen Atomschutz-Verbands (TRAS).

energiestiftung.ch
atomschutzverband.ch



Berliner Atomzwist

Analyse | Schwenkt die neue Bundesregierung in der EU auf Pro-Atom-Linie um? Der SPD-Umweltminister widerspricht. Aber der Streit ist noch nicht ausgefochten

Was die deutschen AKW angeht, so räumen CDU und CSU ziemlich schnell nach Wahl und Regierungsbildung das Feld. In einer ganzen Serie von öffentlichen Statements stellen sie klar, dass es weder einen „Rückbaustopp“ noch eine Wiederinbetriebnahme der Reaktoren geben wird – eine Anerkennung der Realität.¹ Wie aber positioniert sich die neue Bundesregierung unter Friedrich Merz auf EU-Ebene zur Atomkraft?

Länder wie Frankreich, die noch immer auf Atomkraft setzen, versuchen seit Jahren, dafür Unterstützung von der EU herauszuschlagen. Sie fordern Fördergelder, Kredite, Bürgschaften und Mindestvergütungen, die ihre unwirtschaftlichen Atomprojekte rentabel machen sollen. Sie wollen Atomstrom auf die EU-Ausbauziele für erneuerbare Energien anrechnen und dass er als „nachhaltig“ gilt. Sie fordern, mit Hilfe von Atomstrom erzeugten „roten“ Wasserstoff als „grün“ zu labeln. Und es geht darum, ob Atomprojekte

schneller genehmigt werden und Atomstrom bevorzugt ins Netz eingespeist werden darf – auch zulasten von Strom aus erneuerbaren Energien.

Gibt Deutschland den Widerstand auf?

Deutschland hat sich diesen Bestrebungen in den vergangenen Jahren meist erfolgreich widersetzt. Mitte Mai aber berichtet die *Financial Times* unter Berufung auf deutsche und französische Regierungskreise, die neue Bundesregierung habe diesen Widerstand gegen Atomkraft nun aufgegeben.² In einem internen Papier, auf das sich Merz und Macron Anfang Mai geeinigt haben, heißt es, man wolle „die Diskriminierung von Atomenergie auf EU-Ebene beenden“.³

CDU-Wirtschaftsministerin Katherina Reiche schließt Ende Mai auf Nachfrage sogar eine Förderung französischer Atomprojekte mit EU-Mitteln nicht aus, die zu einem Viertel aus deutschen

Steuergeldern stammen. Umweltminister Carsten Schneider (SPD) widerspricht postwendend. „Äußerungen von einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung, es gäbe hier eine neue Offenheit, sind Privatmeinungen“, unterstreicht er und stellt klar: Eine entsprechende Positionierung der Bundesregierung „gibt es nicht und wird es mit der SPD auch künftig nicht geben“.

Ein Regierungssprecher räumt kurz darauf ein, dass es keine neue Position zur Finanzierung von Atomprojekten aus dem EU-Haushalt gebe. Das Wirtschaftsministerium spricht in Bezug auf Reiches Äußerungen von einem „Missverständnis“.⁴

Ist das Thema damit vom Tisch? Nein. Der Regierungssprecher macht deutlich, dass Gespräche zum Thema sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Koalition laufen.⁵ Reiche und Merz reden davon, alle sogenannten „emissionsarmen“ Technologien gleich behandeln zu wollen. Unterm Strich zielt das darauf, Atomkraft den erneuerbaren Energien gleichzusetzen.

Atomkraft = erneuerbare Energien?

Eine solche Gleichsetzung ist mehr als absurd. Ein schwerer Unfall in einem Atomkraftwerk bedroht Leben und Gesundheit von Millionen Menschen, macht ganze Regionen auf Jahrzehnte hinaus unbewohnbar, raubt Wohnung, Heimat, Arbeitsplatz, verseucht das Trinkwasser, vernichtet Ernten und Existenzgrundlagen. Kein AKW der Welt ist gegen solche Unfälle gefeit, ganz zu schweigen von der (steigenden) Gefahr, die von einem gezielten Angriff auf ein AKW ausgeht. Der Katastrophenschutz wäre in jedem Fall heillos überfordert. Für die Schäden und Folgeschäden einer Atomkatastrophe kommt keine Versicherung auf: Das Risiko tragen wir.

Zahlreiche Beinahe-Unfälle auch in Deutschland und Europa haben gezeigt, dass dieses Risiko real ist. Schon kleine Ereignisse in oder außerhalb eines AKW können in eine Katastrophe münden. In Biblis, in Brunsbüttel, in Forsmark, in Blayais und vermutlich an etlichen anderen Standorten auch war es bloßes Glück, dass es so weit nicht kam.

Schon der Uranabbau verseucht ganze Landstriche, hinterlässt radioaktive Abraumhalden und strahlende Giftbrühe, die größten Opfer sind oft indigene Völker. Die Strahlung aus dem AKW lässt schon im Normalbetrieb die Krebsraten rings um die Anlagen steigen. Die enorme Abwärme der Reaktoren heizt Atmosphäre und Flüsse auf, zwei Drittel der erzeugten Energie geht dabei verloren. Und für den Atom Müll, der für hunderttausende von Jahren strahlt, gibt es bis heute nirgends einen wirklich sicheren Platz.

Solaranlagen und Windräder verursachen keinen Super-GAU und hinterlassen keinen Strahlenmüll. Erneuerbare Energien sind zudem die günstigste Art, Strom zu erzeugen. Sie demokratisieren die Energieerzeugung. Und sie können Europa und die ganze Welt zuverlässig mit sauberer Energie versorgen.

Konkurrenten, nicht Partner

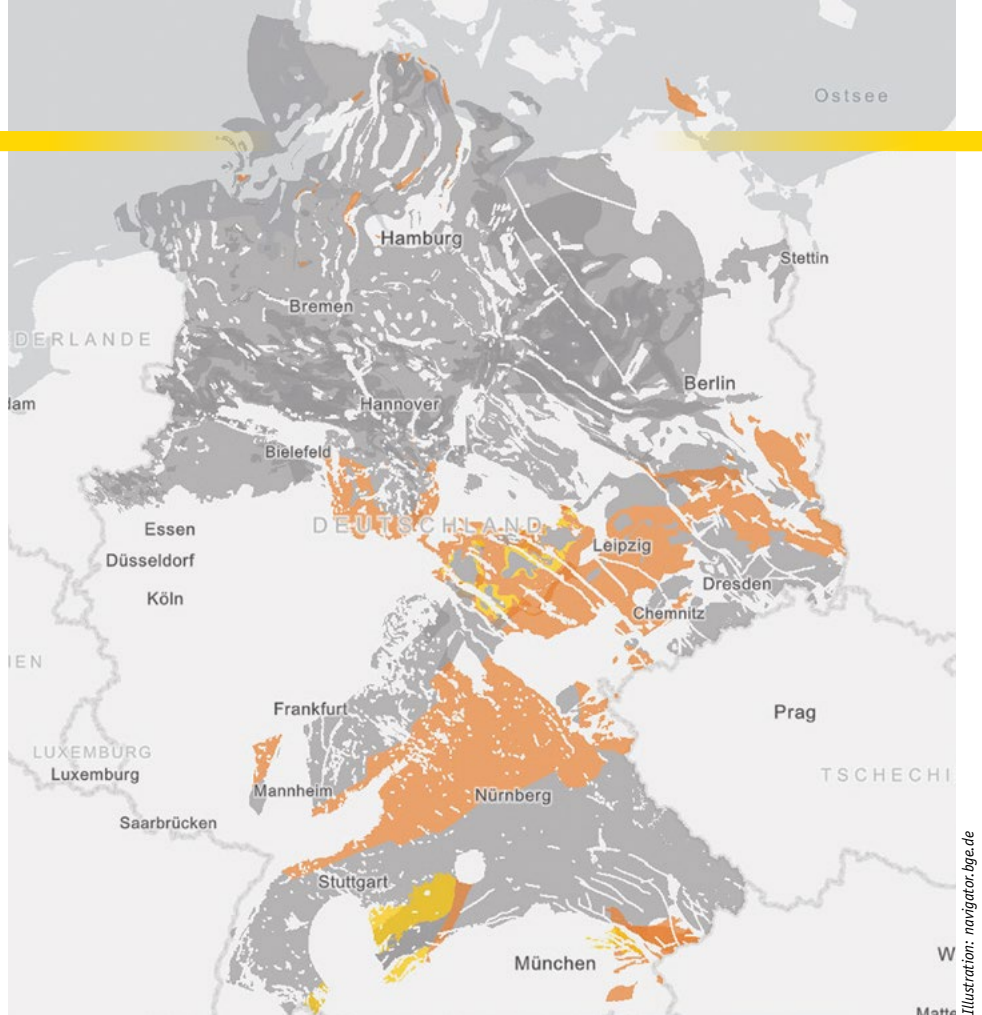
Vor allem aber sind erneuerbare Energien und Atomkraft Konkurrenten: wirtschaftlich, technisch und politisch. Geld, das in teure Atomprojekte fließt, fehlt für Investitionen in erneuerbare Energien und Energieinfrastruktur. Atomstrom verstopft die Leitungen, durch die erneuerbarer Strom fließen soll. Das Festhalten an Atomkraft behindert und verlangsamt den Ausbau der Erneuerbaren und die Energiewende. Bestes Beispiel dafür ist der Verzicht auf weitere Ausbauziele für erneuerbare Energien, den Macron und Merz laut ihrem internen Papier offenbar anstreben.⁶

Diese Widersprüche lassen sich nicht durch Gerede von „Technologieoffenheit“ ausräumen. Spätestens wenn im Sommer über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen verhandelt wird,⁷ dürfte allen klar werden: Auch EU-Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Entweder für erneuerbare Energien und eine Energiewende, die Europa unabhängig und klimaneutral macht und den Kontinent in der Boombranche des Jahrtausends technologisch nach vorne bringt. Oder für hochgefährliche und teure Atomtechnik, die Abhängigkeiten zementiert und den Klimaschutz konterkariert: weil für das viele Geld viel zu wenig Strom rausspringt und der noch dazu viel zu spät kommt. *Armin Simon*



- 1 „Söder gibt bei Atomkraft auf“, welt.de, 10.04.2025
- 2 „Germany drops opposition to nuclear power in rapprochement with France“, ft.com, 19.05.2025
- 3 Berlin findet Frankreichs Atomstrom jetzt klimafreundlich“, spiegel.de, 23.05.2025
- 4 „EU-Geld für Atom: Warum das Wirtschaftsministerium zurückrudert“, table.media, 26.05.2025
- 5 „Schneider und Reiche uneins über Atomkraft-Einstufung“, n-tv.de, 23.05.2025
- 6 „Berlin findet Frankreichs Atomstrom jetzt klimafreundlich“, spiegel.de, 23.05.2025
- 7 „Radikaler Kurswechsel – oder doch nicht? Die deutsche Atompolitik sorgt in Brüssel für Verwirrung“, nzz.ch, 27.05.2025

Schon heute keine weiße Landkarte mehr: Der Endlager-Navigator der BGE zeigt den aktuellen Arbeitsstand bei der Endlager-suche. Weiße Gebiete sind schon rausge-flogen. Orange gilt als „ungeeignet“, gelb als „geringe Eignung“. Graue Gebiete sind noch nicht bewertet.



Per Abkürzung zum „Endlager“?

Hintergrund | Politik und Behörden wollen die Suche nach einem Standort für ein „Endlager“ für hochradioaktiven Atommüll beschleunigen. Doch die vorgeschlagenen Änderungen könnten sich am Ende als Umweg oder Sackgasse erweisen

Schneller ans Ziel – wer will das nicht? Auch die Entsorgungskommission (ESK)¹, das Atom-müll-Bundesamt (BASE)² und die Bundesge-sellschaft für Endlagerung (BGE)³ wollen Tem-po machen: Sie haben in den letzten Monaten Vorschläge präsentiert, wie sich die Suche nach einem sogenannten Endlager beschleu-nigen ließe. Bei vielen, die den Prozess seit Jahren kritisch begleiten, schrillen die Alarm-glocken. Denn „Beschleunigung“ klingt ver-führerisch – könnte aber auch bedeuten, dass Gründlichkeit und Transparenz auf der Strecke bleiben.

Hier ein kritischer Blick auf die wichtigsten teils offiziellen, teils inoffiziellen Vorschläge:

• Lockerung der Standortkriterien

Statt wie gesetzlich vorgeschrieben, den „bestmöglichen“ Standort für das Endlager zu suchen, schlagen unter anderem Mitglieder der ESK und der frühere Atom-Manager Bruno Thomauske, der auch Mitglied der Endlager-kommission war, vor, dass stattdessen ein „möglicher“ Standort ausreichen soll. Die BGE müsste dann nicht mehr mühsam die Daten aller verbliebenen Regionen vergleichen, son-dern könnte sich auf Regionen beschränken, zu denen bereits ausreichende Daten vorlie-gen. Das Ende der „weißen Landkarte“ würde zwar viel Zeit sparen. Wird allerdings nicht überall sorgfältig untersucht und verglichen, untergräbt das noch weiter die Akzeptanz

¹ ESK 2024

² BASE 2025

³ BGE 2025

des Ergebnisses. Kritiker*innen und Betroffene werden dann mit gutem Grund in Frage stellen können, warum der hochgefährliche Atommüll ausgerechnet bei ihnen landen soll, wenn andere, möglicherweise sogar sicherere Lagerorte gar nicht erst geprüft wurden. Nur ein transparent ermittelter, wissenschaftlich begründeter „bestmöglicher“ Standort kann Akzeptanz für die Entscheidung auch bei den Betroffenen schaffen.

- **Ausschluss von Gesteinsarten**

Die ESK möchte eine der drei im Gesetz festgeschriebenen Gesteinsarten – kristallines Gestein (Granit) – am liebsten frühzeitig aus dem Verfahren streichen, um die Zahl der zu untersuchenden Standorte zu verringern. Das widerspricht dem gesetzlichen Auftrag, alle geeigneten Gesteinsarten gleichberechtigt zu prüfen, und schwächt die wissenschaftliche Grundlage der Standortsuche. Ein solcher Ausschluss würde wohl zu Recht als willkürlich empfunden und damit Akzeptanz und Vertrauen in das Verfahren untergraben.

- **Einschränkung von Beteiligungs- und Klagerechten**

Weitere Vorschläge zielen direkt oder indirekt darauf ab, die ohnehin schon kargen Beteiligungsformate, die kaum vorhandenen Klagerechte oder die Entscheidungsrechte des Bundestages weiter einzuschränken. Dabei steht die Glaubwürdigkeit des Verfahrens schon jetzt auf der Kippe – und das liegt zu einem erheblichen Teil an der verpfuschten Beteiligung der Bürger*innen durch das BASE. Wird hier weiter gekürzt oder gestrichen, wird das Ergebnis nicht besser, die öffentliche Kontrolle aber schlechter und die Verankerung der Suche in der Gesellschaft weiter zerstört.

Bumerangeffekt

Grundsätzlich könnten die genannten Abkürzungsvorschläge das Verfahren tatsächlich beschleunigen – jedenfalls dann, wenn man nur auf die unmittelbare Wirkung schaut. Doch im weiteren Verlauf ist ein Bumerangeffekt zu befürchten: Schränkt man Beteiligungsrechte ein oder senkt wissenschaftliche Standards ab, werden Betroffene und die Öffentlichkeit das Verfahren eher als unfair oder undurchsichtig empfinden, was die gesellschaftliche

Akzeptanz schwächt. Das wird zu Widerstand und Klagen führen. Möglicherweise müssten Entscheidungen später korrigiert oder Prozesse wiederholt werden, was das Verfahren insgesamt verlängert. So kann eine vermeintliche Zeitersparnis am Ende zu noch größeren Verzögerungen und Vertrauensverlust führen.

Kritik am Verfahren

Schon jetzt steht das Verfahren in der Kritik: „ausgestrahlt und andere Anti-Atom-Initiativen bemängeln insbesondere die unzureichende Beteiligung der Bürger*innen und sprechen von reiner Beteiligungssimulation. Auch an Transparenz fehlt es – die entscheidenden geologischen Daten darf die BGE wegen Einschränkungen durch das Geologiedatengesetz (GeolDG) bis heute nicht vollständig offenlegen, was echte Beteiligung unmöglich macht. Statt als offene Diskussion erleben viele die Beteiligungsformate des BASE als durchgestylte PR-Shows, in denen kritische Stimmen wenig Raum bekommen. Kein Wunder, dass zahlreiche Engagierte und Bürgerinitiativen bereits desillusioniert das Handtuch geworfen haben, weil ihre guten Vorschläge beim BASE auf taube Ohren stießen. Die im Gesetz festgeschriebenen Prinzipien – ein partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes und lernendes Verfahren – bleiben so allzu oft auf der Strecke.“

Vertrauen ist besser

Die Diskussion über Abkürzungen führt daher in die völlig falsche Richtung. BASE und BGE wären gut beraten, stattdessen das Vertrauen in ihre Arbeit und in das bestehende Verfahren zu stärken. Denn nur wenn dieses transparent, wissenschaftlich fundiert und fair ist, werden die Menschen bereit sein, auch unbequeme Entscheidungen mitzutragen. Wichtig wäre jetzt, sich wieder auf die zentralen Leitlinien des Verfahrens zu besinnen. Wer bei der Beteiligung spart, landet genauso in der Sackgasse wie mit einer unter Zeitdruck schlecht ausgeführten wissenschaftlichen Erkundung. Die Erfahrungen aus Asse, Morsleben, Schacht Konrad und Gorleben zeigen, wohin Nachlässigkeit bei der Standortauswahl führt: geradewegs in ein neues Endlagerdesaster. Gut möglich also, dass so entweder abermals ein ungeeignetes „Endlager“ durchgedrückt wird – oder es nach langen Auseinandersetzungen erneut heißt: „Alles auf Anfang!“

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung

Für eine zukunftsfähige Atommüllpolitik

Über eine Million Jahre – so lange muss Atommüll sicher gelagert werden. Eine kaum vorstellbare Verantwortung, die heutige und kommende Generationen tragen. Die Stiftung Atomerbe tritt an, um genau dafür einzustehen: Sie unterstützt Betroffene und zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für eine sichere, transparente und verantwortungsvolle Verwahrung von Atommüll einsetzen.

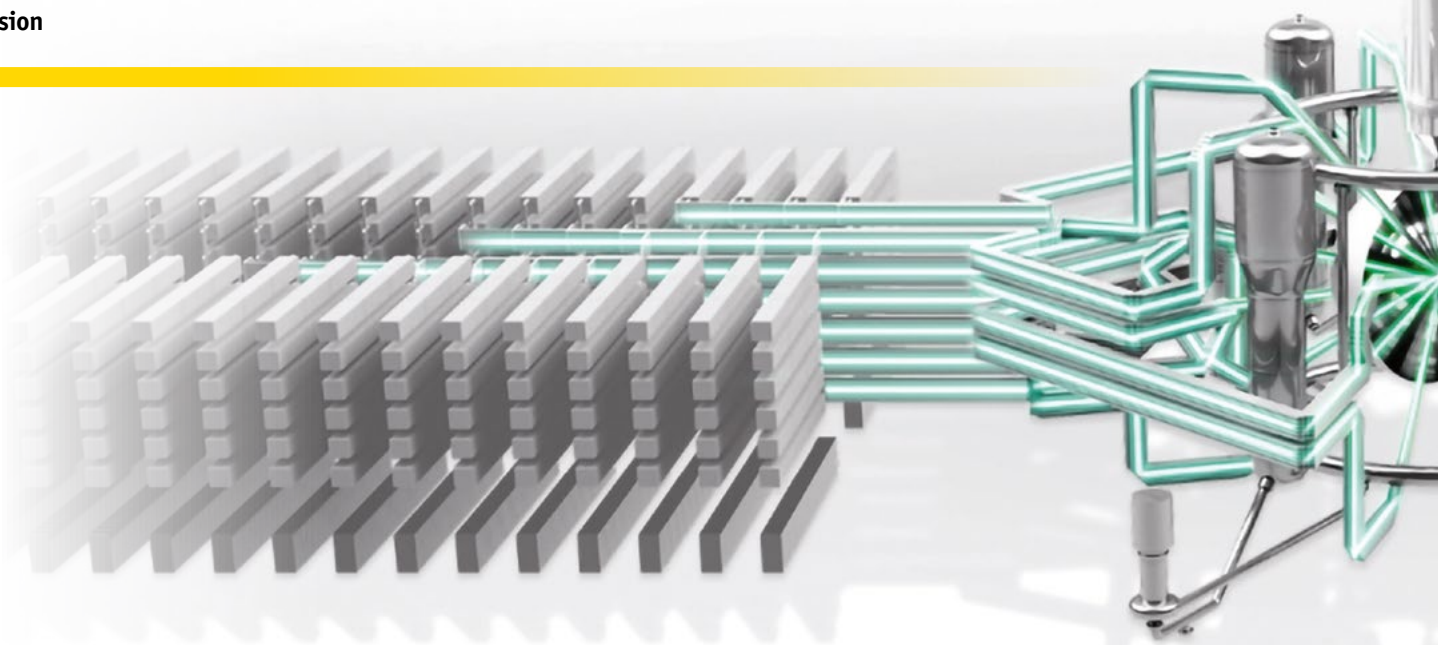
Denn der Atommüll verschwindet nicht. Die Verantwortung bleibt.

Wir möchten sicherstellen, dass auch kommende Generationen eine Stimme haben, um zu erstreiten, dass bei der Lagerung von Atommüll die Sicherheit an erster Stelle steht.

Werde Teil dieser Verantwortung – mit einer Zustiftung, einem Vermächtnis oder einer Spende.

Mehr erfahren:
www.stiftung-atomerbe.de





Skizze einer Laserfusionsanlage. Der Atommüll ist nicht farbig eingezeichnet

Die Fusionsfalle

Hintergrund | Kernfusion wird als Heilsbringer für die Energiezukunft gepriesen – dabei ist die Technologie keine Antwort auf die Klimakrise. Warum der Hype um die „Energie der Zukunft“ gefährlich ist und was wirklich hinter den Schlagzeilen steckt

Dass die Menschheit seit etwa 70 Jahren versucht, die Energiequelle der Sonne auf die Erde zu holen, überrascht angesichts der enormen Faszination kaum: Die Kernfusion mutet futuristisch an, verspricht vermeintlich saubere, unerschöpfliche und klimafreundliche Energie und ist zugleich so etwas wie die ultimative wissenschaftliche Herausforderung. Überschwängliche Berichte über „Durchbrüche“ und „Meilensteine“ in den letzten Jahren nähren die Illusion, der Traum vom Fusionsstrom sei realistisch und schon bald umsetzbar. Auch die neue Regierung schlägt in diese Kerbe: „Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen“, fordern CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag im selben Absatz, in dem sie auch den Ausbau der Forschung im Bereich erneuerbare Energien fordern.¹

Enorme Hürden

Dabei ist es mehr als irreführend, die Vision eines Kernfusionsreaktors auf eine Stufe mit den längst etablierten erneuerbaren Energien zu stellen. Ein aktueller Bericht² des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAS) beim

Deutschen Bundestag zeigt, dass schon die technischen Herausforderungen der Kernfusion so groß sind, dass fraglich ist, ob überhaupt jemals ein Fusionskraftwerk ans Netz gehen wird – von einem weltweiten Einsatz zur kommerziellen Stromerzeugung ganz zu schweigen.

Zu den ungelösten Problemen der Fusionstechnologie gehören unter anderem:

- **Plasmaeinschluss:** Bei der Laserfusion, der am weitesten entwickelten Fusionstechnologie, muss man ein viele Millionen Grad heißes Plasma stabil einschließen. Da kein Material der Erde dieser Hitze standhält, sollen starke Magnetfelder es bändigen. Das gelingt bis heute nur für sehr kurze Zeiträume.
- **Brennstoffversorgung:** Die meisten Konzepte setzen auf Deuterium und Tritium. Doch Tritium ist sehr knapp. Die weltweiten Vorräte reichen nicht einmal für den Dauerbetrieb eines einzigen Kraftwerks. Forschende wollen Tritium im Reaktorbetrieb selbst erzeugen, doch das Verfahren dafür muss erst noch entwickelt werden.

¹ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 2025

² Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, 2024

³ Stephan Worsack u.a., 2025.

⁴ Riffreporter, 2023

⁵ Hessische Staatskanzlei, 2025.

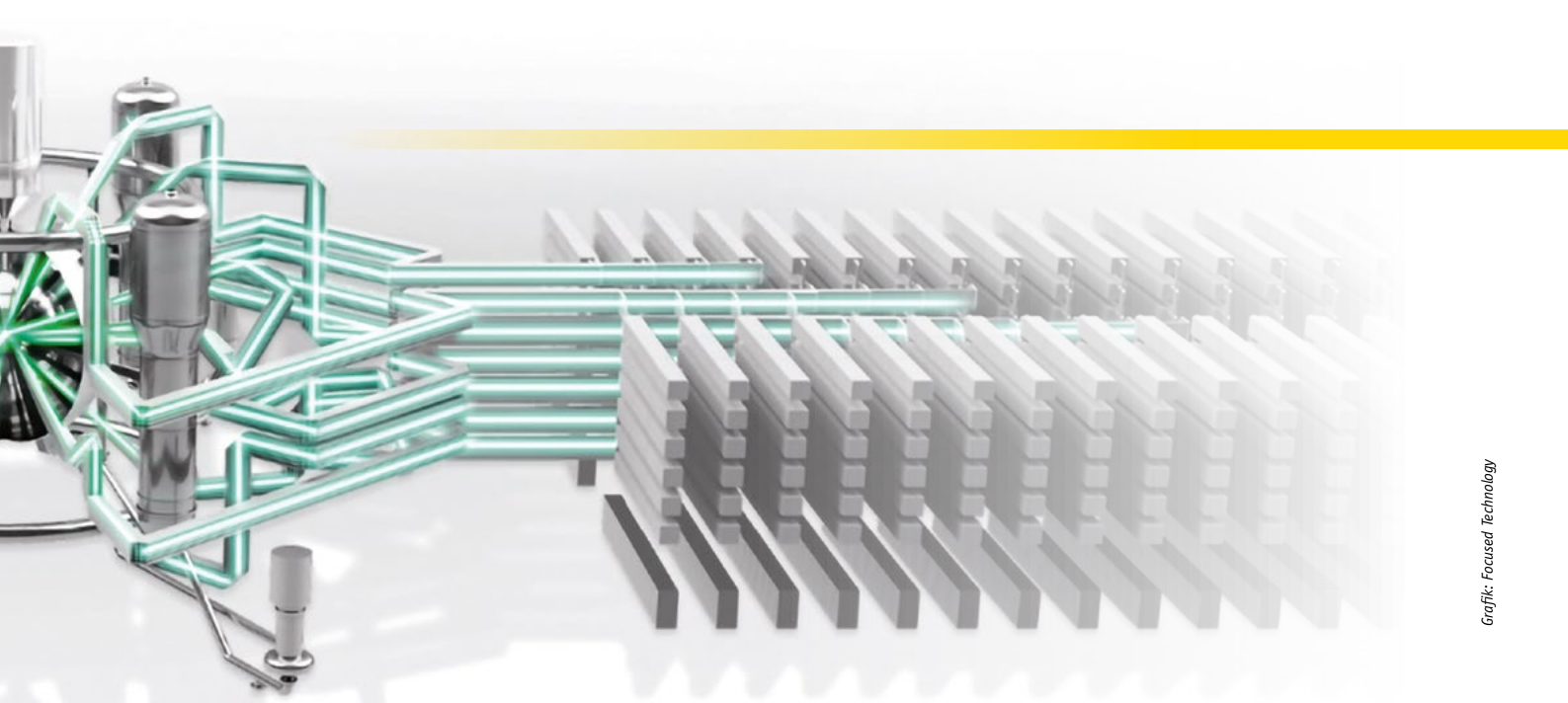
⁶ FAZ, 19.03.2025

⁷ Förderprogramm Fusion 2040, 2024

⁸ BR24, 28.09.2023

⁹ Webseite Eurofusion, 2025

¹⁰ Der Standard, 22.02.2021



- **Nettoenergiegewinn:** Vereinzelt wurde bei Experimenten, etwa am Lawrence Livermore National Laboratory in den USA, mehr Fusionsenergie erzeugt, als an direkter Heizenergie in das Plasma floss. Allerdings konnte diese Heizenergie nur mit einem um ein Vielfaches höheren Energieeinsatz bereitgestellt werden. In einem Kraftwerk muss aber die gesamte Anlage deutlich mehr Energie liefern, als sie verbraucht. Davon sind die Experimente noch sehr weit entfernt.
- **Radioaktivität:** Beim regelmäßig notwendigen Austausch der inneren Wand eines Kernfusionsreaktors läge die radioaktive Strahlung bei etwa 10.000 Sievert pro Stunde. Zum Vergleich: Die ferngesteuerten Roboter, die in Fukushima Kernbrennstoff-Proben entnehmen, tragen nur etwa 1/5 davon.³ Für Menschen ist bereits eine effektive Strahlendosis von 6 Sievert absolut tödlich.
- **Proliferationsgefahr:** Tritium kann abgezweigt und für den Bau von Nuklearwaffen verwendet werden. Außerdem können Fusionsneutronen im Prinzip auch verwendet werden, um aus Uran Plutonium zu erbrüten.
- **Integration ins Energiesystem:** Kernfusionskraftwerke werden teuer und unflexibel sein – und damit inkompatibel mit einem Energiesystem, das bis dahin längst maßgeblich auf erneuerbaren Energien fußen wird.

Ein erstes Kernfusionskraftwerk wird es laut Expert*innen frühestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts geben – wenn überhaupt. Ob die Kernfusion aber jemals zuverlässig funktionieren und zudem wirtschaftlich Strom erzeugen kann, steht in den Sternen.

Sicher ist: In den nächsten Jahrzehnten wird die Kernfusion keine Rolle in der Energieversorgung spielen. Sie kann deshalb nicht dazu beitragen, die Klimakatastrophe zu verhindern.

PR-Nebel

In den Medien wird nicht selten ein realitätsfernes Bild der Kernfusion gezeichnet. So behauptete die damalige FDP-Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger 2022 im ZDF, schon in zehn Jahren könne man mit Fusionsenergie rechnen.⁴ Auch bei Standortankündigungen wie in Biblis im März 2025 erwecken Schlagzeilen wie „Grundstein für laserbasierte Kernfusion in Hessen gelegt“⁵ oder „So soll das Laser-Fusionskraftwerk funktionieren“⁶ den falschen Eindruck, hier werde bald Fusionsstrom produziert.

Die überzogen optimistische Darstellung der Kernfusion und ihrer Machbarkeit ist kein Zufall: Dahinter stehen oft politische und wirtschaftliche Interessen. Politiker*innen profilieren sich gerne mit visionären Projekten, Forschungseinkünften und Start-ups sichern sich Aufmerksamkeit und Fördermittel. Da wird die Kernfusion perfekt als ein dramatisches Rennen gegen die Zeit inszeniert, in dem die Klimakrise im letzten Moment abgewendet wird und auf einen Schlag sämtliche Energieprobleme gelöst sind. Zahlreiche Medienberichte über vermeintliche Durchbrüche verschweigen, wie weit die Technik vom Bau eines Kraftwerks entfernt ist. All das trifft auf eine weit verbreitete Sehnsucht nach einfachen Lösungen für ein „Weiter-so“, zumal wenn diese suggerieren, es müsse sich nichts ändern. Damit erhält die Kernfusion viel mehr Aufmerksamkeit, als es ihrem Entwicklungsstand und ihrer Bedeutung entspricht.

Schon heute fließen erhebliche Summen in diese ungewisse Zukunftswette. Der Bund stellt im Programm „Fusion 2040“ bis 2029 mehr als eine Milliarde Euro bereit⁷ – unter der neuen Bundesregierung könnte es noch mehr werden. Auch einzelne Bundesländer investieren gezielt, Bayern beispielsweise etwa 100 Millionen Euro bis 2028 für ein eigenes Fusionscluster.⁸ Das europäische Konsortium Eurofusion erhält zwischen 2021 und 2025 549,4 Mio. Euro von EURATOM und etwa 450 Mio. Euro von den Mitgliedsstaaten.⁹ Für das internationale Fusionsexperiment ITER gibt alleine die EU zwischen 2021 und 2027 5,6 Milliarden Euro aus.¹⁰

Zukunftsversprechen?

Forschung darf und muss langfristig denken. Doch unabhängig davon, wie man die Erfolgsaussichten der Kernfusion bewertet, muss klar kommuniziert werden: Als Alternative zur Energiewende taugt sie nicht. Sonst wächst die Gefahr, dass die Politik sie als Vorwand nutzt, um Klimaschutz und Energiewende zu verschleppen.

Statt auf Strom aus der Science-Fiction-Steckdose zu hoffen, muss die öffentliche Debatte die Kernfusion wieder klar als Forschungsvorhaben begreifen. Wie weit der Weg zu einem Fusionskraftwerk ist, zeigt das Großprojekt ITER: Dort wird es frühestens 2034 erste Experimente geben – Strom wird die Anlage keinen liefern. Selbst das Nachfolgeprojekt DEMO soll noch kein Prototyp sein, sondern lediglich zeigen, ob ein Fusionskraftwerk kontinuierlich Strom liefern könnte. Wollen wir die Klimaziele erreichen, müssen wir bei der Energiewende Vollgas geben. Immerhin nutzen sowohl Solar- als auch Windenergie so wie Wasserkraftwerke und Biogasanlagen schon heute die Kraft der größten Kernfusionsquelle unseres Planetensystems: der Sonne.

Anna Stender

„Das Thema wird uns unser ganzes Leben lang begleiten“

Porträt | Psychotherapeutin Janna Dujesiefken (38) setzt sich mit der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ dafür ein, dass der Atommüll nicht zur Last der kommenden Generationen wird



Foto: privat

„Die Abschaltung der AKW war ein großer Erfolg. Die Kehrseite ist allerdings, dass für viele das Thema Atommüll aus dem Fokus geraten ist.“

„Wenn meine Kinder mich mal fragen: ‚Wo warst du? Was hast du gemacht?‘, möchte ich sagen können: ‚Ich habe mein Bestes getan.‘“

Ich bin in der unmittelbaren Umgebung des Ahauser Brennelemente-Zwischenlagers groß geworden, das Ende der 1980er Jahre gebaut wurde. Meine Eltern waren politisch sehr aktiv und haben uns zu jeder Demo mitgenommen. Das Thema war für mich als Kind einfach immer präsent. Für viele andere hier in Ahaus ist das Zwischenlager aber gar nicht so sichtbar, es liegt außerhalb des Stadtkerns. Davor stehen Rinder auf der Weide, man sieht das gar nicht richtig, es ist irgendwie gar nicht da.

Ein Schlüsselerlebnis war für mich der Castortransport 1998, als hier auch der Widerstand am größten war. Unser Haus lag mitten im Sperrgebiet, Helikopter landeten auf der Wiese nebenan, und vor der Haustür standen Wasserwerfer. Das war für mich als Elfjährige sehr eindrücklich, ich dachte wirklich, der Krieg sei ausgebrochen. Ich erinnere mich, wie ich bitterlich geweint habe, weil ich das alles so furchteinflößend fand, auch den aggressiven Umgang der Polizei mit dem Widerstand.

Der Widerstand ist danach geblieben. Ich bin damit groß geworden, aber als ich für Studium, Ausbildung und Auslandsaufenthalte weggezogen bin, habe ich das Thema eher aus der Ferne weiter begleitet. 2017 bin ich zurückgekommen und habe hier eine Familie gegründet. Dass ich Mama geworden bin, war für mich die große Motivation, nochmal richtig aktiv zu werden. Die Kinder leben hier in Ahaus mit den Hinterlassenschaften einer Technik, die sie selbst gar nicht genutzt haben. Deshalb müssen wir Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass der Müll so sicher wie möglich aufbewahrt wird.

Ich bin jetzt seit gut anderthalb Jahren aktiv in der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die Ende der 1970er Jahre entstanden ist. Ich möchte vor allem, dass die Bürger*innen mitbekommen, was gerade hier los ist. Ganz aktuell sollen 152 Castorbehälter aus Jülich nach Ahaus gebracht werden. Ich

finde es einfach unfassbar, dass man wegen vermeintlich niedrigerer Kosten so eine gefährliche und nicht zukunftsfähige Lösung wählen will.

Die Abschaltung der AKW war ein großer Erfolg. Die Kehrseite ist allerdings, dass für viele das Thema Atommüll aus dem Fokus geraten ist. Meine Aufgabe sehe ich darin, die Menschen daran zu erinnern, dass es diesen Atommüll immer noch gibt. Es gibt so viele offene Fragen. Wie gehen wir damit um? Wo kommt ein Endlager hin? Die Sorge hier vor Ort ist, dass viele Menschen resignieren, wenn die Castorbehälter erst mal im Zwischenlager Ahaus sind – dann wäre es noch schwerer, Bürger*innen für den Protest gegen den Atommüll und die Verantwortungsübernahme zu gewinnen.

Zum Tschernobyl-Jahrestag hatten wir eine gemeinsame Aktion mit der Initiative in Jülich, bei der wir uns an beiden Standorten jeweils mit ganz vielen Stühlen vor das Zwischenlager gesetzt haben – nach dem Motto: „Atommüllprobleme aussitzen können wir auch.“ So wollten wir nicht nur Aufmerksamkeit erzeugen, sondern auch neue, einprägsame Bilder schaffen. Es braucht auf jeden Fall noch mehr Aktionen, um Präsenz zu zeigen und das Thema sichtbar zu halten.

Wir haben regelmäßig alle vier bis fünf Wochen Kundgebungen in Ahaus an verschiedenen Orten. Zum Beispiel sind wir viel in der Innenstadt, auch wenn Markt ist, damit man uns wieder mehr sieht. Gleichzeitig versuchen wir, auf Social Media stärker präsent zu sein, um die Informationen auch in die Generation der Anfang-20-Jährigen zu streuen, die diese großen Castortransporte gar nicht mehr mitbekommen hat. Viele treibt eher der Rechtsruck und der Klimawandel um. Wir versuchen zu vermitteln, dass Klimaschutz eben nicht „zurück zur Atomkraft“ heißt – im Gegenteil. Wir müssen die Erneuerbaren weiter ausbauen, das ist der einzige Weg. Atomkraft behindert die Energiewende.

Wir überlegen gerade, wie wir diese Jüngere aktivieren können. Das ist ein Problem für die Anti-Atom-Bewegung, und auch unsere Bürgerinitiative braucht dringend eine Verjüngung. Ich leite sie gemeinsam mit Burkhard, der noch aus der Gründungszeit der BI stammt und einen großen Schatz an Wissen und Erfahrungen hat. Gleichzeitig versuche ich, jüngere Leute für das Thema zu gewinnen. Wünschenswert wäre, dass sich eine neue Generation des Themas annimmt, ihre Ideen einbringt, und dass der langjährige Protest weiterlebt. Ein Fortschritt ist, dass wir mittlerweile mit jüngeren Bundestagsabgeordneten, etwa von den Linken, zusammenarbeiten, und so neue Kontakte und Kooperationen entstehen.

Ganz wichtig für uns ist auch die Kooperation mit anderen Initiativen, besonders in Münster und in Jülich und mit .ausgestrahlt. Dadurch haben wir nicht nur noch mehr Streitkraft, es macht auch einfach Spaß, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen und sich gegenseitig den Rücken zu stärken. Man weiß, alle ziehen an einem Strang – das gibt ganz viel Kraft und Motivation für Phasen, die frustrierend und anstrengend sind.

Der enorme Widerstand gegen den Castor-transport 1998 hat dazu geführt, dass seitdem kein weiterer AKW-Müll mehr nach Ahaus verfrachtet wurde – nur noch Müll aus Forschungsreaktoren. Zugleich haben die Proteste entscheidend dazu beigetragen, den Atomausstieg in Deutschland durchzusetzen. Auch die Castor-transporte aus Jülich konnten wir schon über zehn Jahre lang verhindern. Es ist uns gelungen, den Schulterschluss mit der Stadt zu machen, nachdem es jahrzehntelang viel Gegenwind für uns aus dem Ahauser Rathaus gab. Jetzt aber stehen Bürgermeisterin und Rat hinter uns. Die Stadt hat sogar geklagt gegen die Einlagerungsgenehmigung für die Jülicher Castoren hier in Ahaus, leider ohne Erfolg. Das Problem könnte man ganz einfach lösen, indem man in Jülich ein neues Zwischenlager baut. Stattdessen heißt es, dass es kostengünstiger sei, den Atom Müll nach Ahaus zu transportieren. Aber es ist auf jeden Fall ein absolut vermeidbares Risiko, 152 Mal mit einem 130-Tonnen-LKW mit hochradioaktiver Fracht über die Autobahn, marode Brücken und mitten durch dichtbesiedeltes Gebiet zu fahren. Zudem ist davon auszugehen, dass diese Lösung gar nicht wirtschaftlicher ist, da der Vergleich manche Kosten nicht berücksichtigt, zum Beispiel für die Polizeieinsätze.

Meinen Aktivismus in den Alltag mit eigener Praxis und Familie zu integrieren, ist definitiv

eine Herausforderung. Zum Glück hält mir mein Mann den Rücken frei – sonst würde ich das gar nicht hinbekommen. Ich investiere mehr Zeit, als ich anfangs gedacht habe. Immer wieder bin ich beeindruckt, welch enormes Fachwissen viele Aktive mitbringen, und merke, dass ich selbst noch viel lernen kann. Von Freund*innen und Bekannten höre ich oft: „Toll, dass du dich engagierst, aber ich habe dafür keine Zeit.“ Ehrlich gesagt habe ich auch wenig Zeit, aber ich nehme sie mir und setze meine Prioritäten entsprechend. Wenn meine Kinder mich mal fragen: „Wo warst du? Was hast du gemacht?“, möchte ich sagen können: „Ich habe mein Bestes getan.“ Man könnte immer mehr machen, keine Frage, aber das, was ich schaffen kann, das will ich machen – auch damit ich jeden Morgen in den Spiegel gucken kann.

Wer sich engagieren möchte, kann sich einfach per E-Mail oder über Social Media bei uns melden. Wir machen auch Infostände, um den Einstieg bei der BI zu erleichtern. Außerdem pla-

nen wir eine Reihe von Infoabenden. Das macht mir unheimlich viel Spaß und ist bereichernd, weil ich da mit Leuten in Kontakt komme, die ähnliche Werte haben. Wir brauchen den Widerstand, denn das Thema wird uns noch unser ganzes Leben lang begleiten – sogar die Generation, die jetzt erst auf die Welt kommt. Es macht Spaß, sich zu engagieren, und es ist ein gutes Gefühl, etwas beizutragen – es muss gar nicht immer die ganz große Aktion sein. Überall kann man minikleine Schritte machen. Und trotzdem braucht es auch große Bewegungen, die die Politik in die Verantwortung nehmen. Für mich ist es immer ein Balanceakt: Was kann ich selbst konkret bewirken – und wo muss ich klar und deutlich von der Politik fordern, endlich zu handeln?

Interview: Bettina Ackermann,

Protokoll: Anna Stender

bi-ahaus.de



Das Original-Interview gibt's auch zu hören: ausgestrahlt.de/podcast

Anzeige



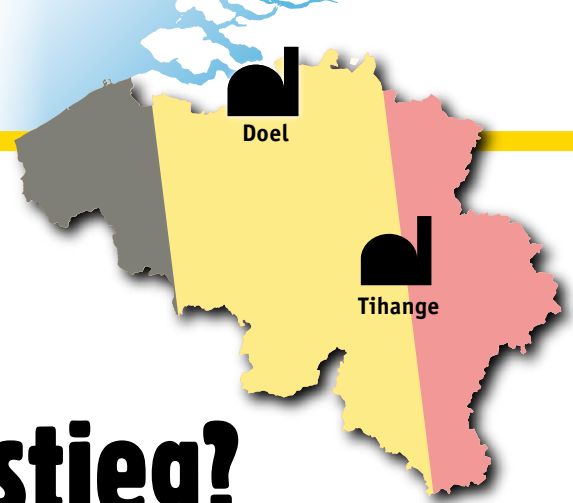
OHNMACHT IST KRASS. ÖKOSTROM IST KRASSER.

Hol dir 100 % EWS-Ökostrom und fördere mit jeder verbrauchten kWh nachhaltige Projekte weltweit!



ews-schoenau.de/oekostrom

Die Zukunft liebt  Rebell:innen.



Belgischer Atomausstieg?

Hintergrund | Die belgische Regierung hat den gesetzlich verankerten Atomausstieg gekippt. Die Zukunft der vier noch laufenden Atomkraftwerke ist trotzdem ungewiss

Belgiens Atompark umfasst aktuell vier aktive Reaktoren an zwei Standorten: zwei in Doel bei Antwerpen und zwei in Tihange bei Liège/Lüttich. Schon 1999 – also noch vor dem ersten deutschen „Atomausstieg“ – beschloss die damalige belgische Regierung eine Laufzeitbegrenzung für alle belgischen Reaktoren auf 40 Jahre. 2003 wurde der Atomausstieg bis 2025 gesetzlich festgelegt. Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011 bekräftigte die Regierung diesen Ausstiegsplan.

Wegen angeblich drohendem Strommangel wurde dann aber 2014 die Laufzeit der Reaktoren Doel 1 und 2 bis 2025 verlängert, statt sie abzuschalten. Und obwohl man 2012 in Tihange 2 und Doel 3 Risse im Reaktordruckbehälter fand, durften die Reaktoren zunächst weiterlaufen. Erst im September 2022 (Doel 3) und im Januar 2023 (Tihange 2) gingen sie vom Netz. Am 14. Februar 2025 wurde dann Doel 1 endgültig abgeschaltet.

Atomkraftwerke in Belgien

Doel 1: 1975-2025

Doel 2: 1975- (planmäßig 12/2025)

Doel 3: 1982-2022

Doel 4: 1985- (planmäßig 2035)

Tihange 1: 1975 (planmäßig 10/2025)

Tihange 2: 1983-2023

Tihange 3: 1985- (planmäßig 2035)

Wie in vielen anderen europäischen Ländern lieferten der Ukrainekrieg und die damit verbundenen steigenden Energiekosten einen neuen Anlass, um über die Zukunft der Atomkraft zu diskutieren. Die Laufzeit der „neueren“ Reaktoren Doel 4 und Tihange 3 wurde 2022

um zehn Jahre bis 2035 verlängert. Betreiber Engie ließ sich das teuer bezahlen: Der belgische Staat übernahm für einen Fixpreis den gesamten Atommüll, zudem musste die Regierung mit einer 50-Prozent-Beteiligung an den AKW mit ins Betreiber-Risiko gehen.

Seit Februar 2025 regiert in Belgien ein Mitte-Rechts-Bündnis unter Bart De Wever, welches einen „drastischen Wandel in der Energiepolitik“ ankündigte. Beschlossen wird diese Kehrtwende Mitte Mai mit breiter Mehrheit im Parlament. Das neue Gesetz erlaubt es, die Laufzeiten bestehender Atomkraftwerke zu verlängern, bereits abgeschaltete Reaktoren wieder in Betrieb zu nehmen und neue AKW zu bauen. Energieminister Mathieu Bihet kündigt an, die Stromproduktion aus Atomkraft mittelfristig verdoppeln zu wollen. Neben den bestehenden vier Reaktoren will die Regierung bis zu 4 Gigawatt zusätzliche Kapazität durch neue Anlagen schaffen, das wären drei bis vier neue große Reaktoren oder entsprechend mehr kleine.

Für AKW-Betreiber „undenkbar“

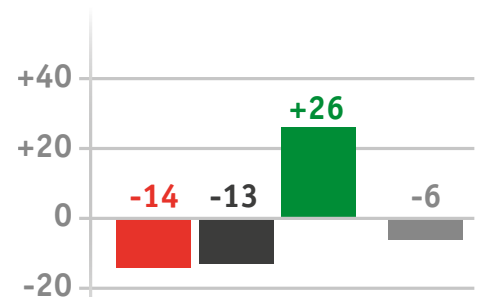
Gegen die Pläne, die Laufzeiten der bestehenden Anlagen erneut zu verlängern, gibt es allerdings Widerstand, nicht nur von Atomkraftgegner*innen, sondern auch vom AKW-Betreiber Engie selbst. Unternehmenschef Vincent Verbeke erklärte, man werde nicht mehr in Atomkraft investieren, weil sie nicht mehr Teil der Unternehmensstrategie sei. Engie verfolge weiterhin den Plan, alle Reaktoren bis 2025 oder spätestens 2035 vom Netz zu nehmen und abzubauen. Eine noch längere Laufzeit ist laut Verbeke „undenkbar“. Für einen Weiterbetrieb von Tihange 1 und Doel 2 bräuchte die Regierung also einen neuen Betreiber – oder müsste die Anlagen verstaatlichen. In jedem Fall aber müssten die bereits 50 Jahre alten und vergleichsweise

leistungsschwachen Reaktoren eine weitere Zehn-Jahres-Überprüfung überstehen. Ob sie also tatsächlich über die bisherigen Abschalt-daten am 1. Oktober und 1. Dezember 2025 hinaus am Netz bleiben, ist offen.

Die belgischen Neubauträume beziehen sich wie in vielen anderen Ländern auf kleine, modulare Reaktoren. Doch nirgends auf der Welt haben diese AKW bisher Serienreife erreicht. Sollte sich das jemals ändern, wären sie, gemessen an der Stromproduktion, aller Voraussicht nach noch teurer als große Reaktoren und damit noch unwirtschaftlicher. Wie Belgien seine nuklearen Kapazitäten verdoppeln will, ist somit völlig unklar.

Boom der Erneuerbaren

Klar ist hingegen: Wie in allen anderen europäischen Ländern boomen auch in Belgien die erneuerbaren Energien.



Veränderung der belgischen Stromerzeugung 2023 zu 2003. Rot = Atom, braun = fossil, Grün = EE, grau = Strombedarf. [Mrd. kWh]

Von 2018 bis 2023 verdoppelte sich die Stromproduktion aus Wind- und Solaranlagen. Allein 2023 wuchs ihr Anteil um 21 Prozent und erreichte damit einen neuen Rekord von fast 30 Prozent am Strommix. Der Anteil der Atomkraft hingegen nimmt seit Jahren stetig ab.

Jan Becker

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.

Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

SCHWEIZER AKW ABSCHALTEN

NEU Kurz-Info „Atom-Risiko aus der Schweiz“

Fragen und Antworten zu den Folgen eines Super-GAU in einem Schweizer AKW
DIN A5, vierseitig – M-322-03

NEU Studie „Grenzenloses Risiko: Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“

DIN A4, ca. 70 Seiten – M-322-05



NEU Aufkleber „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“
Wetterfest.
Ø 11 cm – M-322-01

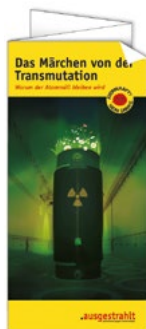
ATOMMÜLL

Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitleger. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet.
DIN lang, achtseitig – M-302-42

Flyer „Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll bleiben wird – und sich nicht „wegzaubern“ lässt. Überarbeitete Neuaufl. 2025.
DIN lang, achtseitig – M-309-21



.ausgestrahlt



NEU Flyer „Stiftung Atomerbe – Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung“
Unsere Generation hinterlässt riesige Mengen Atom-müll, der über Jahrtausende sicher verwahrt werden muss. Die von .ausgestrahlt gegründete Stiftung Atomerbe sammelt Mittel, um Betroffene und zivilgesellschaftliche Organisationen beim Einsatz für mehr Sicherheit bei der Atommülllagerung zu unterstützen.
DIN lang, sechsseitig – M-222-04



Flyer „.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“
Du willst Freund*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Faltblatt liefert gute Argumente!
DIN lang, sechsseitig – M-222-01

NEU .ausgestrahlt-Magazin Nr. 64
Zum Auslegen und Verteilen.
A4, 24 Seiten – M-121-64



NEU Plakat „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“
DIN A3 – M-322-02



NEU Transparent „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“
Wetterfest, mit umlaufenden Ösen und seitlichem Tunnel.
300 × 80 cm – M-322-04

ANTI-ATOM-SONNE



Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“
Wetterfest, Ø 5 cm – M-123-04

Fahnen „Atomkraft? Nein danke“

Setz ein Zeichen, lass die Anti-Atom-Sonne wehen! Wetterfest. Für Fahrräder, Fenster, Balkongeländer ebenso wie für Mahnwachen, Demos und Aktionen ...
Klein, 38 × 30 cm, mit Plastik-Halterung – V-123-08
Klein, 38 × 30 cm – V-123-07
Groß, 90 × 60 cm – V-123-09
Maxi, 40 × 120 cm – V-123-11



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de



Da waren es noch knapp 150.000 Unterschriften: Protest-Aktion vor dem Willy-Brandt-Haus am 28. März

Foto: Florian Boillot / .ausgestrahlt

Mehr als 150.000 Unterschriften stoppen CDU/CSU-Atompläne

Mit der Forderung, den AKW-Abriss zu stoppen und eine Wiederinbetriebnahme der Reaktoren zu prüfen, ziehen CDU und CSU im März in die Koalitionsverhandlungen. Binnen weniger Tage beteiligen sich mehr als 150.000 Menschen an einer von .ausgestrahlt auf der Petitionsplattform WeAct initiierten Unterschriftenaktion. .ausgestrahlt trägt den Protest nach Berlin zu den Verhandlungen. Wenige Tage später platzen die atomaren Seifenblasen: Die Atompläne schaffen es nicht in das Regierungsprogramm von CDU, CSU und SPD. Statt Geld für gescheiterte Technik braucht es jetzt volle Kraft voraus für 100 Prozent Erneuerbare.

Atomkraft? Nein danke, EU!

Klar gegen neue Atomprojekte in Europa positioniert sich .ausgestrahlt im Mai bei der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zum Atomprogramm PINC. .ausgestrahlt fordert eine Energiepolitik, die Klimaschutz voranbringt, statt Geld für Atomkraft zu verplempern, Risiken von SMR- und Fusionsprojekten kritisch prüft und ein Szenario entwickelt für 100 Prozent Erneuerbare bis spätestens 2050.



Zwei Jahre alle AKW aus

„Aus bleibt aus!“ leuchtet es Mitte April in meterhohen Lettern vor dem AKW Brokdorf. Zwei Jahre nach Abschaltung der letzten Reaktoren in Deutschland feiert .ausgestrahlt, dass auch die irrwitzige Forderung nach einem Rückbaustopp nun offiziell vom Tisch ist. Der Atomausstieg hat Deutschland sicherer und unabhängiger gemacht und die Energiewende einen großen Schritt vorangebracht.



Aktion in Brokdorf am 14. April

Gefährlicher Castortransport nach Isar

Anlässlich des Castortransports aus Sellafield (GB) ins Zwischenlager Isar Anfang April kritisiert .ausgestrahlt das unnötige und gefährliche Hin- und Her-Verschieben von hochradioaktivem Atom Müll: Denn auch in Isar kann der Müll nicht dauerhaft bleiben. Jeder Transport aber birgt Risiken – das belegt unter anderem ein .ausgestrahlt-Gutachten der Sicherheitsexpertin Oda Becker. Das Atommüll-Bundesamt (BASE) muss endlich ein Konzept entwickeln, wie der Atom Müll in den nächsten 100 Jahren möglichst sicher lagern kann.

ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/castortransport-zum-zwischenlager-isar-gefahrlich

Uranfrachter auf Sabotagekurs

Ist der russische Kooperationspartner der Brennelementefabrik Lingen in Sabotageakte verstrickt? Diese Frage wirft .ausgestrahlt gemeinsam mit örtlichen Anti-Atom-Initiativen im März auf. Ein russischer Uranfrachter, der die Atomfabrik im Oktober beliefert hatte, zog auf dem Rückweg eine auffällige Schleife auf der Ostsee – genau dort, wo später das Unterseekabel zwischen Schweden und Lettland beschädigt wurde. .ausgestrahlt fordert, endlich auch den russischen Atomsektor zu sanktionieren und die in Kooperation mit Rosatom geplante Erweiterung der Atomfabrik in Lingen zu verbieten. Im Mai fasst die EU-Kommission erstmals ins Auge, Importe von Uran und Kernbrennstoffen aus Russland zu untersagen.



Uranfrachter Baltiyskiy-202: Spionage und Sabotage?

„Eins, zwei oder drei?“ auf dem Kirchentag

Mit einem Atommüll-Dinosaurier, einem „1, 2 oder 3“-Quiz, einer Ausstellung und zahlreichen Flyern informiert .ausgestrahlt auf dem evangelischen Kirchentag in Hannover Anfang Mai über Atomkraft und ihre strahlenden Hinterlassenschaften. Viele Besucher*innen nutzen die Gelegenheit für Fragen und Diskussionen. Vor allem jugendliche Gäste verlassen den Stand nach bestandem Quiz stolz mit Anti-Atom-Bändchen am Handgelenk.



Foto: Sarah Lahl

Atommüllkonferenz fordert neue Sicherheitsstandards für Zwischenlager

Neue Sicherheitsstandards für Atommüll-Zwischenlager fordern Anti-Atom-Initiativen im April in Hannover – Anlass ist der 30. Jahrestag des ersten Castortransports nach Gorleben. Das von .ausgestrahlt und mehr als 40 weiteren Initiativen im Rahmen der „Atommüllkonferenz“ ausgearbeitete Papier verlangt, das Regelwerk an den Stand von Wissenschaft und Technik anzupassen und auch Klimarisiken und neue Angriffsszenarien wie Drohnen einzubeziehen. Die Bevölkerung soll zudem über die Sicherheitsanforderungen mitentscheiden können.

atommuellkonferenz.de/wp-content/uploads/Forderungspapier-zur-Zwischenlagerung-hoch-radioaktiver-Abfaelle.pdf

Gedenken an EWS-Gründer Michael Sladek

Auf der Gedenkfeier für den Mitgründer und langjährigen Vorstand der Elektrizitätswerke Schönau (EWS), Michael Sladek, würdigt Armin Simon für .ausgestrahlt dessen unverbrüchlichen Optimismus, seine ansteckende Tatkraft und das „Gespür für die perfekte Provokation“, mit dem die Schönauer Stromrebell den Atomausstieg vorangetrieben haben. Die nach Tschernobyl gegründete Elterninitiative machte dem örtlichen Energiekonzern 1996 in einer aufsehenerregenden Aktion das Stromnetz des Südschwarzwald-Städtchens streitig und realisierten eine Stromversorgung ohne Atomkraft – Vorbild für ganz Deutschland. Bis heute unterstützen die EWS die Arbeit von .ausgestrahlt; 2015 zeichneten sie .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay als „Stromrebell des Jahres“ aus.



Foto: A. J. Schmidt / EWS

Gemeinsam gewinnen: 50 Jahre Platzbesetzung Kaiseraugst

Die trinationale gewaltfreie Besetzung des AKW-Bauplatzes in Kaiseraugst östlich von Basel im April 1975 brachte das dort geplante AKW zu Fall. Auf der Feier zum 50. Jubiläum schildert Armin Simon von .ausgestrahlt, wie der politische Beschluss zum Atomausstieg und das Abschalten der AKW in Deutschland die Energiewende hier und in der Welt vorangebracht hat. .ausgestrahlt streitet gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen aus der Schweiz und Deutschland für eine Laufzeitbegrenzung der vier Schweizer AKW.

Seite 6–11, ausgestrahlt.de/schweiz



„Ich unterstütze
.ausgestrahlt, weil ich
nicht will, dass aus
dem Ausstieg ein
Wiedereinstieg wird.“



Foto: privat

Thomas Hofreiter, München

Gefühlte Wahrheiten



Wie Atom-Fans die Klimakatastrophe aufhalten

- Sie planen Atomkraftwerke, die in 20 Jahren ans Netz gehen könnten.
- Sie glauben fest an Minireaktoren der nächsten Generation.
- Sie träumen von Fusionskraftwerken.
- Klimakatastrophe? Welche Klimakatastrophe?

Was Atom-Fans glauben, warum es in einem AKW nicht zum Super-GAU kommen kann

- Bauteile und Steuerung werden **regelmäßig geprüft** – siehe Harrisburg.
- Menschen machen **keine Fehler** – siehe Tschernobyl.
- Wenn es brenzlich wird, **schaltet** sich das AKW **automatisch ab** – hat in Fukushima super geklappt.
- Flugzeuge und Drohnen **meiden AKW** von Natur aus – wie in Saporischschja.
- Kann schon passieren. Aber ich **glaub nicht dran**.

